

15. 12. 89

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

über die Plenarsitzung der Nordatlantischen Versammlung am 9. Oktober 1989 in Rom

Die 35. Jahreskonferenz der Nordatlantischen Versammlung fand vom 5. bis 10. Oktober 1989 in Rom statt.

Die Plenardebatte am Montag, den 9. Oktober 1989, stand unter dem Thema „Abbau der Ost-West-Konfrontation: Die Rolle der Rüstungskontrolle“.

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat entsandten die folgende Delegation:

Bundestag:

Abg. Prof. Dr. Manfred Abelein (CDU/CSU), Leiter der Delegation

Abg. Angelika Beer (DIE GRÜNEN)

Abg. Alfred Biehle (CDU/CSU)

Abg. Lothar Ibrügger (SPD)

Abg. Ulrich Irmer (FDP)

Abg. Walter Kolbow (SPD)

Abg. Hans Koschnick (SPD)

Abg. Herbert Lattmann (CDU/CSU)

Abg. Alfred Mecktersheimer (DIE GRÜNEN)

Abg. Lorenz Niegel (CDU/CSU)

Abg. Manfred Opel (SPD)

Abg. Peter Petersen (CDU/CSU)

Abg. Helmut Sauer (CDU/CSU)

Abg. Brigitte Schulte (SPD)

Abg. Karsten D. Voigt (SPD)

Abg. Werner Michael Weiß (CDU/CSU)

Abg. Torsten Wolgramm (FDP)

Abg. Peter Würtz (SPD)

Abg. Benno Zierer (CDU/CSU)

Bundesrat:

Senator Volker Kröning (SPD), (Bremen), stellvertretender Leiter der Delegation

Minister Dr. Heinz Eyrich (CDU), (Baden-Württemberg)

Staatsminister Rudi Geil (CDU), (Rheinland-Pfalz)

Senator Horst Gobrecht (SPD), (Hamburg)

Minister Dr. Ottokar Hahn (SPD), (Saarland)

Staatsminister Dr. Georg von Waldenfels (CSU), (Bayern)

Übersicht der Tagung

Nach den Ausschusssitzungen am 6. und 7. Oktober 1989 wurde am Vormittag des 9. Oktober 1989 im Plenarsaal des Palazzo Montecitorio die Plenarsitzung durch den Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Abg. Patrick Duffy (Vereinigtes Königreich), eröffnet. Es folgten Ansprachen des Präsidenten des italienischen Ministerrates, Giulio Andreotti, und des Generalsekretärs der NATO und Vorsitzenden des Nordatlantikrates, Dr. Manfred Wörner.

Es schloß sich die Generaldebatte zum Thema „Abbau der Ost-West-Konfrontation: Die Rolle der Rüstungskontrolle“ an.

Am Nachmittag folgte die Aussprache zu den Berichten und Beschlußvorlagen der Ausschüsse, in deren Verlauf folgende Entschließungen verabschiedet wurden (Texte siehe Schlußteil der Drucksache):

- Entschließung 204 (1989) betreffend die Informationspolitik des Atlantischen Bündnisses
- Entschließung 205 (1989) betreffend das Atlantische Bündnis und den Zivilschutz

- Entschließung 206 (1989) betreffend die menschliche Dimension der Ost-West-Beziehungen
- Entschließung 207 (1989) betreffend die strategische Rüstungskontrolle
- Entschließung 208 (1989) betreffend die Unterstützung und Handhabung des Wandlungsprozesses in Europa
- Entschließung 209 (1989) betreffend Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen
- Entschließung 210 (1989) betreffend die tragische Situation der türkischen moslemischen Minderheit in Bulgarien
- Entschließung 211 (1989) betreffend die Weiterverbreitung von Raketen und nuklearen sowie chemischen Waffen
- Entschließung 212 (1989) betreffend die Verschmutzung der Atmosphäre

Eröffnungsansprache des Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Abg. Patrick Duffy (Vereinigtes Königreich)

Der Präsident dankte den italienischen Gastgebern in der Abgeordnetenkammer und im Senat der Republik für ihre Gastfreundschaft. Es sei bezeichnend, daß die Nordatlantische Versammlung in dieser Zeit des Wandels und der dramatischen Entwicklungen in Rom, der Ewigen Stadt, zusammentreffe. Denn in Rom lägen viele Wurzeln gemeinsamer Wertvorstellungen, in Rom habe auch unsere Kultur ihren Ursprung.

Italien sei in der jüngsten Vergangenheit ein beständiger Stützpfeiler der NATO an ihrer Südflanke gewesen und habe entscheidend an den militärischen Programmen der Allianz, wie z. B. der Stationierung der SNF, mitgewirkt. Italien habe kürzlich weitere Maßnahmen ergriffen, um seinen Einfluß im Mittelmeerraum zu vergrößern. Darüber hinaus sei Italien auch dabei, seine Rolle im Nahen Osten und in Nordafrika zu stärken. Diese Entwicklungen zeigten Italiens umfassende Sicherheitsinteressen und legten den Schluß nahe, daß es eine führende Rolle bei der Lösung regionaler Konflikte spielen könne.

Es sei bekannt, daß Italien lange Zeit eine Vorreiterrolle bei den Bemühungen um eine europäische Integration, die nun ein entscheidendes Stadium erreiche, gespielt habe. Er stelle in diesem Zusammenhang mit Genugtuung fest, daß der Inhalt der Berichte der Nordatlantischen Versammlung zu den Fragen der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen, der Sicherheitszusammenarbeit sowie der Zusammenarbeit im Bereich Verteidigung, Forschung und Entwicklung interessante Diskussionen bei den Delegierten über die Bedeutung der fortschreitenden europäischen Einigung hervorgerufen habe.

Vor dem Hintergrund des raschen Wandels stelle sich für die Nordatlantische Versammlung die Frage, ob es in der Sowjetunion tatsächlich grundlegende Veränderungen geben werde. Die überraschenden Entwicklungen in der Sowjetunion und in Osteuropa stellten aber eine einzigartige Gelegenheit für die

Entwicklung von konstruktiveren und stabileren Beziehungen zwischen Ost und West dar. Nach Besuchen in verschiedenen osteuropäischen Staaten sei im Juli erstmals eine Delegation der Nordatlantischen Versammlung in Moskau mit dem Obersten Sowjet und hochrangigen sowjetischen Regierungsvertretern zusammengetroffen. In Rom habe die Versammlung die bislang beispiellose Begegnung zwischen General Lobow und General Galvin miterleben können.

Er sei davon überzeugt, daß die Versammlung eine wichtige Funktion übernehmen könne, indem sie Beziehungen zu den fortschrittlichen und veränderungswilligen Kräften in Osteuropa herstelle, Verbindungen mit den sich bildenden repräsentativen Versammlungen aufnehme, um diese an ihrer parlamentarischen Erfahrung teilhaben zu lassen und Kontakte zwischen den Militärs beider Blöcke fördere und vereinfache. Er sei sicher, daß die bereits bestehenden Kontakte in den kommenden Jahren weiterentwickelt und vertieft werden würden.

In keinem anderen Bereich seien die Möglichkeiten, Fortschritte auf dem Weg zu größerer Ost-West-Stabilität und Sicherheit zu erzielen, so vielversprechend wie bei der Rüstungskontrolle. Deshalb laute auch das Thema der Plenardebatte „Abbau der Ost-West-Konfrontation: Die Rolle der Rüstungskontrolle“. Nach den Tagen von SALT und MBFR beschäftige man sich inzwischen bei den Rüstungskontrollverhandlungen mit einem breiten Spektrum von Fragestellungen. Das jüngste Treffen der Außenminister Baker und Schwarznadse in Wyoming sei ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu weiteren bedeutenden Abrüstungsvereinbarungen im Bereich der strategischen, konventionellen und chemischen Waffen gewesen.

Die Plenardebatte werde zweifellos die Frage aufwerfen, ob die Rüstungskontrolle die Ursache oder das Ergebnis der gegenwärtigen Verbesserungen in den Ost-West-Beziehungen sei und bis zu welchem Grad das Bündnis größeres Vertrauen in diese Komponente unserer Sicherheitspolitik setzen solle. Er sei aber sicher, daß alle mit ihm darin übereinstimmten, daß bei den Verhandlungen über den Abbau konventioneller Streitkräfte in Wien die Möglichkeit bestehe, einen grundlegenden Wandel der militärischen Struktur in Europa zu erreichen. Es sei weiter zu prüfen, in welchen Bereichen Rüstungskontrolle die gegenwärtigen politischen Veränderungen ergänzen und verstärken könne, jedoch bei gleichzeitigem Festhalten an jener Solidarität, die in den letzten 40 Jahren die Grundlage für die Sicherheit der Allianz gewesen sei.

Ansprache des Präsidenten des italienischen Ministerrates, Giulio Andreotti

Der italienische Ministerpräsident brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, daß die 35. Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung, die in das 40. Gründungsjahr des Nordatlantikpaktes falle, in Rom stattfinde. Im weiteren Verlauf seiner Rede gab Andreotti einen kurzen Abriss über die politischen Spannungen und Diskussionen im Parlament und im Senat, die der Unterzeichnung des Nordatlantikvertrages durch die italienische Regierung am 4. April

1949 vorausgegangen waren. Er unterstrich die Bedeutung des Nordatlantikvertrages, ohne den es das zeitige Ende der Stalin-Ära ebenso wenig gegeben hätte wie die gegenwärtige sowjetische Perestroika und das Streben nach Demokratie in Polen und Ungarn. Auch die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sei ohne den Nordatlantikvertrag schwer vorstellbar.

Die Bilanz der letzten 40 Jahre des Nordatlantikvertrages sei sehr positiv. Das Jahr 1989 unterstreiche diese Entwicklung. Während des Gipfeltreffens in Brüssel im Mai 1989 habe man die Werte und die Ziele der NATO erneut bekräftigt, die dank des Zusammenhaltes und der atlantischen Solidarität im Einklang mit den Forderungen von Pierre Harmel, nämlich zum einen der Bewahrung der gemeinsamen Sicherheit und zum anderen der Öffnung zum Dialog mit dem Osten, zu erreichen seien. Diese Haltung der NATO habe zur fortschreitenden Öffnung der Länder des Warschauer Paktes gegenüber neuen politischen Ansätzen und demokratischen Reformen beigetragen. Aber trotz dieses radikalen Wandels in Osteuropa, der ebenso unvorhersehbar wie unerwartet stattfinde, blieben die politischen Ziele des Westens dieselben. Die Haltung Italiens sei es, die größtmögliche Sicherheit in einem politischen System zu erreichen, das am besten für die Erhaltung des Friedens geeignet sei.

Anlässlich der Schlußerklärung, die beim letzten Gipfeltreffen in Brüssel unterzeichnet worden sei, habe die Allianz den Schwerpunkt auf die politischen Perspektiven für die Zukunft gelegt. Unter Berücksichtigung der Veränderungen in der Sowjetunion und den anderen Staaten Osteuropas habe man ein Zeichen für die Zukunft setzen wollen. Es sei zugleich das Versprechen der radikalen Umorientierung der Ost-West-Beziehungen, die die NATO mit festem Willen im Sinne einer fortschreitenden „Demilitarisierung“ zu erreichen versuche. Er unterstrich aber gleichzeitig, daß sich die Kooperation zwischen Ost und West auch auf die Bereiche Wirtschaft, Industrie, Informationsaustausch sowie Kultur und Wissenschaft beziehen müsse.

Andreotti hob die besondere Bedeutung der Nordatlantischen Versammlung, in der alle Mitgliedstaaten der NATO vertreten seien, bei den zukünftigen Entwicklungen hervor. Diese Entwicklungen blieben von zwei Faktoren bestimmt, nämlich zum einen von dem Wunsch des Westens nach einer Veränderung der Ost-West-Beziehungen von der Konfrontation zur Kooperation und zum anderen von der Notwendigkeit der konsequenten Weiterentwicklung der gerade begonnenen Reformen und neuen politischen Ausrichtungen in Osteuropa.

Im Zusammenhang mit dem Thema Rüstungskontrolle unterstrich er, daß das entspannte internationale Klima zur Zeit günstige Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abschluß der Wiener Verhandlungen über die Reduzierung konventioneller Streitkräfte in Europa schaffe, ebenso für einen erfolgreichen Abschluß der Genfer Verhandlungen über den Abbau chemischer Waffen. Diese günstigen Voraussetzungen seien durch das Treffen von US-Außenminister Baker mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse noch verstärkt worden.

Er sei davon überzeugt, daß die Allianz unter den sich verändernden Bedingungen dazu aufgerufen sei, eine nichtmilitärische Dimension zu entwickeln, die nicht nur dazu diene, Kriege zu verhindern, sondern im positiven Sinn ein Instrument zur Entwicklung und Stärkung der westlichen Interessen im Entspannungsprozeß mit den Ländern des Ostens darstellen solle. Die Grundvoraussetzung für diese Entwicklung sei eine intensive Zusammenarbeit innerhalb der Allianz, nicht nur was die Lösung regionaler Konflikte, sondern auch die Herausforderungen der modernen Gesellschaft sowie die industrielle Kooperation und andere Probleme gemeinsamen Interesses betreffe. Diese politischen Konsultationen dienten dazu, die politische Dimension der NATO, die besonders erfolgreich sei, weiter zu stärken. Die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre sei ein Ergebnis dieser effizienten politischen Konsultationen innerhalb der Allianz über alle Themen von vitalem Interesse für die gemeinsame Sicherheit und Stabilität des Westens.

Die zunehmende politische Zusammenarbeit in Europa mit dem Fernziel einer europäischen Union werde auch zu einer weiteren Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO führen. Mit dieser Stärkung des europäischen Pfeilers sei die Übernahme von mehr Verantwortung verbunden, insbesondere was die Verteilung der Lasten und Risiken bei der Wahrnehmung der gemeinsamen Sicherheitsinteressen angehe. In diesem Zusammenhang unterstrich er, daß für das Problem der Lastenteilung innerhalb der Allianz eine Lösung im Sinne der gemeinsamen Interessen gefunden werden müsse. Mit Blick auf die intensive Zusammenarbeit zwischen Nordamerika und Europa hob der italienische Ministerpräsident abschließend hervor, daß auch die Anwesenheit junger Menschen aus Kanada und den Vereinigten Staaten in Europa ein weiteres Zeichen dieser transatlantischen Solidarität sei, die zur Wahrung der gemeinsamen Werte der Freiheit und der Sicherheit beitrage.

Ansprache des Generalsekretärs der NATO und Vorsitzenden des Nordatlantikrates, Dr. Manfred Wörner

Zu Beginn seiner Rede brachte der NATO-Generalsekretär seine Freude darüber zum Ausdruck, in Rom vor den Mitgliedern der Nordatlantischen Versammlung, die in ihren Parlamenten die Verantwortung tragen würden, sprechen zu können. Zugleich sprach er seinen Dank für die Unterstützung aus, die Italien – nach seinen Worten einer der verlässlichsten Partner in der NATO – der Allianz insbesondere durch die mutigen Entscheidungen der letzten Jahre gewährt habe.

Das Wort von Albert Camus, nach dem der Mensch sich an alles gewöhne, stimme angesichts des Wandels in Osteuropa so nicht mehr. Die Entwicklungen der letzten Wochen zeigten, daß sich die Völker Osteuropas nicht mit ihrem Schicksal abgefunden hätten. Das totalitäre System habe den Wunsch nach Freiheit, Demokratie und freier Selbstbestimmung nicht unterbinden können, ebenso wenig das Verlan-

gen politischer Gruppierungen, wie etwa der Solidarität in Polen, nach Verwirklichung dieser Werte.

Es sei offenkundig, daß die Teilung Europas politisch unhaltbar geworden sei. Zum einen habe der Kommunismus in ideologischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht versagt, da er nicht in der Lage sei, die Probleme der modernen Industriegesellschaften zu lösen. Zum anderen könne man die Freiheit nicht für immer unterdrücken. Es sei das natürliche Verlangen des Menschen, in Frieden und Freiheit zu leben und zu arbeiten. Diese Erkenntnis stehe hinter dem Prozeß des Wandels in Osteuropa, den wir gegenwärtig erleben. Die Atlantische Allianz habe eine wichtige Rolle bei der Schaffung der Voraussetzungen für diesen Wandel gespielt. Die Dynamik und der Wohlstand der westlichen Gesellschaften habe den sowjetischen Führern deutlich gemacht, daß der Kommunismus alten Stils versagt habe und daß es keine Hoffnung gebe, auf der Basis der marxistisch-leninistischen Ideologie zum Westen aufzuschließen. Dies sei nur möglich durch eine Öffnung gegenüber den westlichen Ideen und Werten des Pluralismus und der Demokratie.

Der NATO-Gipfel im Mai 1989 habe in diesem Zusammenhang drei wichtige Ziele abgesteckt. Ein ungeteiltes Europa, in dem alle Völker das Recht auf freie Selbstbestimmung ausüben könnten und in dem alle gleiche Freiheiten und wirtschaftliche Möglichkeiten genießen würden. Eine weltweite Zusammenarbeit zwischen Ost und West, um die drängendsten Probleme der Menschheit – Hunger in der Dritten Welt, Umwelt, Energie, Terrorismus und Drogen – lösen zu können. Eine gleichwertige transatlantische Partnerschaft, die auf einem starken Nordamerika und einem vereinten Westeuropa beruhe.

Wenn Gorbatschow vom „Gemeinsamen Haus Europa“ spreche, so beruhe dieses Konzept auf einem Interessenausgleich. Dieser beinhalte zwar die Abkehr von der militärischen Konfrontation, nicht aber von der ideologischen Teilung Europas durch den Sozialismus Gorbatschows, der mit den westlichen Werten der Freiheit und der Selbstbestimmung wenig gemein habe. Dennoch werde der Westen, dem mehr an Kooperation als an Konfrontation gelegen sei, versuchen, die Reformbewegungen in Richtung auf Pluralismus und Verwirklichung der Menschenrechte, zu unterstützen.

Angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise in den meisten osteuropäischen Ländern sei ein langfristiges Programm für grundlegende wirtschaftliche und politische Reformen unumgänglich. Zu einem Erfolg der Perestroika und zur Zukunft der sowjetischen Wirtschaft gebe es drei Möglichkeiten, nämlich daß Gorbatschows Reformen erfolgreich, teilweise erfolgreich oder nicht erfolgreich sein werden. Aber selbst unter günstigsten Voraussetzungen würde das Wirtschaftswachstum nicht ausreichen, um die wirtschaftliche Lage in der Sowjetunion deutlich zu verbessern.

Der Generalsekretär unterstrich, daß nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in Polen und Ungarn die politischen Reformen an die wirtschaftlichen Notwendigkeiten gekoppelt seien. Angesichts des sich weiter

vergrößernden Abstandes zwischen Ost und West habe der Westen in der letzten NATO-Gipfel-Erklärung sein umfassendes Konzept für eine Annäherung mit dem Osten dargelegt. Die NATO biete dem Osten Zusammenarbeit an und habe nach dem Gipfeltreffen bereits mit der praktischen Umsetzung begonnen. Dabei konzentriere sie sich auf Polen und Ungarn. Beide Länder könnten als Testfälle für die Strategie der westlichen Allianz angesehen werden. Voraussetzung für den Erfolg dieser westlichen Programme sei eine völlige Umgestaltung der Ost-West-Beziehungen. Diese Umgestaltung umfasse zuerst den Abbau der Warschauer-Pakt-Streitkräfte in Osteuropa auf ein Niveau, das einen Angriff unmöglich mache. Sodann sei an langfristige wirtschaftliche Maßnahmen sowie an die Einführung von marktwirtschaftlichen Strukturen und den Aufbau demokratischer Institutionen zu denken. Neben der Beachtung der Menschenrechte und der Vereinbarungen der Schlußakte von Helsinki müßten die Sowjetunion und ihre Verbündeten mit dem Westen bei der Lösung weltweiter Probleme, wie der Umweltverschmutzung und dem Terrorismus, zusammenarbeiten.

Der Generalsekretär hob hervor, daß die gegenwärtigen Veränderungen der politischen Strukturen und der Sicherheitsstrukturen in Europa der westlichen Allianz, die in erster Linie eine politische Allianz sei, zahlreiche Möglichkeiten zur aktiven Mitgestaltung gäben. Die zukünftige Rolle der Allianz liege einerseits darin, als Instrument des politischen Wandels zu dienen, aber andererseits auch darin, weiterhin die Grundlage für die militärische Stabilität zu bilden. Die Devise der Allianz müsse lauten: Veränderung in Sicherheit und Frieden. Die politische Strategie müsse aber eine sichere Grundlage haben; dies bedeute Verteidigung. Der Westen könne auf eine starke und einheitliche Verteidigung als Grundlage für einen friedlichen Wandel nicht verzichten. Die Verteidigungsanstrengungen sollten dabei nicht auf dem heutigen Niveau fortgeschrieben werden. Der ermutigende Verlauf der Abrüstungsverhandlungen in Wien zeige, daß es zwar ehrgeizig, aber nicht unrealistisch sei, ein Abkommen über den Abbau der konventionellen Streitkräfte innerhalb eines Jahres zu erwarten. Das Ziel der Rüstungskontrollverhandlungen müsse es sein, die Sicherheitssysteme in Ost und West zu mehr Zusammenarbeit zu bewegen, um sie dadurch sicherer und transparenter zu machen.

Er sei beunruhigt darüber, daß gegenwärtig viele Mitgliedstaaten ihre Verteidigungsanstrengungen einseitig reduzierten, bevor ein Rüstungskontrollabkommen erreicht worden sei. Diese strukturelle Abrüstung sei falsch und gefährlich. In diesem Zusammenhang sehe er für die Parlamentarier der NATO die große politische Aufgabe darin, sich überzeugend gegen die strukturelle Abrüstung auszusprechen, solange es noch keine Rüstungskontrollvereinbarungen gebe. Die zweite wichtige Aufgabe der Parlamentarier sei es, zur weiteren Vertiefung der Ost-West-Beziehungen beizutragen. Zu den beiden Hauptaufgaben der Nordatlantischen Versammlung, nämlich Parlamentarier der Allianz zusammenzubringen, um Fragen gemeinsamen Interesses zu diskutieren und die Öffentlichkeit über die Rolle und die Ziele der NATO zu informieren, komme als eine weitere Aufgabe hinzu,

dazu beizutragen, eine parlamentarische Tradition in Osteuropa aufzubauen.

Nach diesen Ausführungen beantwortete der Generalsekretär Fragen von Delegierten.

Abg. **Alberini** (Italien) leitete mit der Frage ein, was der Westen tun könne, um einerseits die Rolle des Bündnisses zu betonen und andererseits den Osten zu unterstützen. Der Generalsekretär wies darauf hin, daß der politische Bereich schon immer eines der Hauptfelder der NATO gewesen sei. Die Verteidigung dürfe deswegen aber nicht vernachlässigt werden. Als Gebiete, auf denen eine Zusammenarbeit möglich oder denkbar sei, nannte er die politische, die wirtschaftliche und die kulturelle Zusammenarbeit. Darüber hinaus erwähnte er die Zusammenarbeit in bezug auf nichtmilitärische Angelegenheiten, etwa im Bereich der Wissenschaft.

Abg. **van Traa** (Niederlande) fragte, ob es nicht an der Zeit sei, daß jetzt auch die NATO mit dem Warschauer Pakt Gespräche aufnehme. Der Generalsekretär unterstrich, daß es vielfältige militärische Kontakte mit den Staaten des Warschauer Paktes gebe, aber keine Kontakte mit dem Warschauer Pakt als Organisation. Er verwies auf die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten des NATO-Vertrages, die allein die Antwort auf diese Frage geben könnten.

Abg. **Hicks** (Kanada) stellte die Frage, wie das NATO-Bündnis dem Osten klarmachen könne, daß man nicht die Absicht habe, Instabilitäten der dortigen Lage auszunutzen. Unter Hinweis auf die nur begrenzten Einflußmöglichkeiten der NATO wies der Generalsekretär darauf hin, daß man diese Haltung am besten durch eine glaubwürdige Politik deutlich machen könne. Hinsichtlich der Entwicklung in Polen und der DDR habe das Bündnis eine zurückhaltende Politik an den Tag gelegt.

Senator **Capuzzo** (Italien) wollte wissen, ob nicht Voraussetzung für die strukturelle Abrüstung die psychologische Abrüstung sei. Der Generalsekretär führte dazu aus, Rüstungskontrollverhandlungen, wenn es dazu komme, würden auch Auswirkungen auf die NATO-Struktur haben. Auch wenn sich die Art der Wahrnehmung der Bedrohung gewandelt habe, dürfe man deswegen nicht weniger wachsam sein. Zeiten des Überganges seien immer auch Zeiten erhöhter Unsicherheit. Darüber hinaus käme es weniger auf die Absichten politischer Führer an, als auf das tatsächlich vorhandene Potential. Es sei eine wichtige und schwierige Aufgabe des Bündnisses, diese Zusammenhänge der Öffentlichkeit deutlicher zu machen.

Abg. **Sir Philip Goodhart** (Vereinigtes Königreich) fragte den Generalsekretär, ob die NATO nicht in der Lage sei, eine größere Rolle in der Öffentlichkeit zu spielen, insbesondere im Hinblick auf verzerrte Meldungen in den Presseorganen des Ostens. Wörner bejahte dies, wies jedoch darauf hin, daß die NATO nach ihrer derzeitigen Struktur nicht die Befugnis habe, eigene Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Zuständig seien hierfür die einzelnen Mitgliedstaaten der NATO.

Abg. **Biehle** (Bundesrepublik Deutschland) sprach die künftige Rolle Europas an und fragte, wie diese in

einer Welt aussehen würde, in der die USA und die Sowjetunion möglicherweise nicht mehr zu den tragenden Pfeilern der Weltpolitik gehörten. Wörner erklärte, die NATO habe ihre Ziele umrissen. Es gehe um eine neue politische Ordnung in Verbindung mit einer neuen Sicherheitsordnung. Seine persönliche Auffassung sei, daß Europa eine größere Rolle bei den Themen Sicherheit und Verteidigung spielen werde. Die enge Verbindung mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada würde aber auch in diesem Falle unentbehrlich bleiben.

Abg. **Niegel** (Bundesrepublik Deutschland) fragte unter Hinweis auf die ungelöste Deutschlandfrage und die dazu im Harmel-Bericht aus dem Jahre 1967 getroffene Aussage, wann diese Frage auf die Tagesordnung der Weltpolitik komme. Der Generalsekretär hob hervor, daß ein Prinzip des Nordatlantischen Bündnisses das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker sei. Die im Harmel-Bericht niedergelegten Prinzipien seien damals wie heute verbindlich. Zur Überwindung der deutschen Teilung habe das Nordatlantische Bündnis in seiner letzten Gipfel-Erklärung klar Stellung genommen.

Abg. **Browne** (Vereinigtes Königreich) bat um die Meinung des Generalsekretärs zu der Frage, ob nicht die Menschenrechte Vorbedingungen für Rüstungskontrollverhandlungen sein müßten. Darüber hinaus bat er um Stellungnahme zur Frage, ob die Gefahr bestehe, daß einseitige Truppenreduzierungen einiger Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses zukünftigen Ergebnissen vorgreifen und eine „kritische Masse“ darstellen könnten. Wörner betonte in seiner Antwort, dauerhafter Frieden sei nicht möglich ohne Menschenrechte und Demokratie. Er stimmte dem Fragesteller zu, daß in der Tat vor einer „kritischen Masse“ gewarnt werden müsse. Dies durch Öffentlichkeitsarbeit auch den Bürgern klar zu machen, sei allerdings eine Aufgabe der Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses.

Aussprache zum Thema „Abbau der Ost-West-Konfrontation: Die Rolle der Rüstungskontrolle“

Zu dem von Abg. **Frinking** (Niederlande) eingebrachten Entschließungsentwurf von Senator **Biden** (USA) wurde Übereinstimmung erzielt, daß dieser als Grundlage für die Diskussion dienen, daß jedoch nicht darüber abgestimmt werden solle. Vielmehr solle er an die zuständigen Ausschüsse zurückverwiesen werden.

Senator **Rumor** (Italien) betonte, daß die Solidarität des Westens Auslöser für die Entwicklung im Osten gewesen sei. Die dringlichste Aufgabe der Gegenwart bestehe in der Herstellung eines Gleichgewichts der militärischen Kräfte in Europa. Dabei könne die Verringerung der Streitkräfte kein Selbstzweck sein, sondern müsse die Sicherheit schaffen, die die politische Entwicklung fordere. Die Zukunft der Völker hänge von der gegenseitigen Verständigung ab.

Abg. **Hicks** (Kanada) unterstrich, daß der im Osten stattfindende Wandel unbestreitbar sei. Bei der Rüs-

stungskontrolle sei Verifizierung zwar unerlässlich und gut, entscheidend sei jedoch der politische Wille, den die jeweiligen Verhandlungspartner einzubringen bereit seien. Als ergänzende Hilfsmittel für den Prozeß der Rüstungskontrolle und Abrüstung kämen wirtschaftliche Unterstützung und kulturelle Kontakte in Frage. Diese Möglichkeiten dürften nicht verpaßt werden.

Abg. **Greisch** (Luxemburg) forderte alle Länder in Osteuropa dazu auf, dem Beispiel Ungarns und Polens zu folgen. Er wies darauf hin, wie wichtig es sei, daß auch wirtschaftliche Umstrukturierungen den politischen Wandel in den genannten Ländern begleiten müßten. Unabdingbar sei für ihn, daß alle chemischen Waffen vernichtet würden.

Abg. **Prof. Dr. Abelein** (Bundesrepublik Deutschland) führte aus, es bestehe kein Zweifel daran, daß das Bündnis gegenwärtig eine sehr interessante Phase der Geschichte erlebe. Die Nordatlantische Versammlung treffe während dieser Jahrestagung in Rom mit dem sowjetischen General Lobow zusammen. Die Staaten in Ost und West hätten in den letzten Jahren und Monaten entscheidende Schritte getan, um die Sicherheit in Europa auf einer Grundlage der Zusammenarbeit zu ermöglichen. Ein umfassender Rüstungskontrollprozeß habe zu beträchtlichen Erfolgen geführt. Die im Jahre 1984 begonnenen CDE-Verhandlungen hätten die Vereinbarung von Stockholm hervorgebracht. Der INF-Vertrag habe zu einer Vereinbarung geführt, die die Zerstörung einer ganzen Kategorie von Nuklearwaffen vorsehe. Darüber hinaus hätten sich in Paris 149 Staaten dazu verpflichtet, zum frühestmöglichen Zeitpunkt ein überprüfbares Verbot der Entwicklung, Lagerung und des Einsatzes von chemischen Waffen zu verhängen.

Die wahrscheinlich vielversprechendsten Ost-West-Verhandlungen fänden zur Zeit in Wien statt, nämlich die VSBM-Verhandlungen. Zum ersten Mal bestehe zwischen beiden Pakt-Systemen Übereinstimmung in der Zielsetzung, die Fähigkeit zu einem Überraschungsangriff einzuschränken. Das Ziel sei es, einen Zustand des Gleichgewichtes herzustellen, bei dem keine der beiden Seiten auf einen militärischen Erfolg als Ergebnis eines Angriffs hoffen könne. Er habe in Wien den Eindruck gewonnen, daß die Verhandlungen in einer sehr konstruktiven Atmosphäre stattfänden und daß die Aussichten auf solide Verhandlungsergebnisse gut seien. Nichtsdestoweniger müsse der Westen vorsichtig sein, da die Sowjetunion immer noch über die stärkste Armee in Europa verfüge.

Abelein machte auf einen weiteren wichtigen Punkt aufmerksam, nämlich daß die gegenwärtige Entwicklung in Ostdeutschland ein Symbol für die Ernsthaftigkeit der Entspannung und der Abrüstung sei. 17 Millionen Deutsche hätten sich niemals mit einem Regime identifiziert, das ihnen die elementarsten Menschenrechte vorenthalten habe. Während dieser letzten Wochen seien wir Zeuge dramatischer Entwicklungen gewesen. Fast 40 000 Deutsche, und was noch wichtiger sei, vornehmlich junge Leute, hätten deutlich gemacht, daß es keine Alternative zu einem freien Leben in einem freien Land gebe. Es sei sicherlich von den Regierenden in Ostberlin nicht beabsichtigt gewesen, daß sich die Feiern zum 40. Jahrestag zu

einer klaren Demonstration für die deutsche Einheit entwickelten. Er erinnerte an den Harmel-Bericht, der die Teilung Europas und vor allem Deutschlands als Hauptgrund für die Spannungen in Europa ansehe. Deutschland müsse sein Recht zur Selbstbestimmung wiedererlangen, und dies bedeute ohne Zweifel die deutsche Einheit.

Abg. **Yavuztürk** (Türkei) vertrat die Ansicht, Erfolge bei den Rüstungskontrollverhandlungen würden auch zu Verbesserungen im Ost-West-Verhältnis führen. Die Türkei messe der Rüstungskontrolle und dem Rüstungsabbau große Bedeutung in diesem Prozeß bei. Entscheidend sei jedoch der politische Wille, konventionelle Streitkräfte abzubauen. Nach seiner Meinung sei dieser politische Wille auch vorhanden.

Senator **Chauty** (Frankreich) betonte die große Bedeutung des Abrüstungsprozesses für den Abbau der Ost-West-Konfrontation. Die Sowjetunion sei nach wie vor konventionell überlegen und müsse zunächst greifbare Beweise für ihre Absichten vorlegen. Die Abrüstung sei eine wesentliche Komponente der Ost-West-Dynamik.

Senator **Roth** (USA) maß dem Rüstungskontrollprozeß entscheidende Bedeutung für das Ost-West-Verhältnis bei. Die Rüstungskontrolle spiele jedoch nicht die Hauptrolle in diesem Verhältnis. Hinzu kämen die Menschenrechte und die wirtschaftlichen Beziehungen. Er wies auf die Abhängigkeit des Prozesses von der Leistungsfähigkeit der sowjetischen Wirtschaft hin. Der Westen könne hier aufgrund seiner eigenen guten Erfahrungen Rat geben.

Abg. **Barrero** (Spanien) verwies auf die Notwendigkeit, Stabilität und Sicherheit zu konsolidieren. Maßnahmen der Entspannung käme dabei eine besondere Bedeutung zu. Sicherheit dürfe nicht nur in Verteidigung bestehen, sondern müsse auch Entspannung umfassen.

Abg. **Mundeleer** (Belgien) unterstrich den instrumentellen Charakter der Abrüstung. Abrüstung dürfe nie Selbstzweck sein, sondern nur Mittel zum Zweck. Als Rückversicherung, auf die Europa nicht verzichten könne, sei es unbedingt notwendig, in den militärischen Anstrengungen weder konventionell noch atomar nachzulassen. Hinsichtlich der chemischen Waffen sei zu beachten, daß dieses Problem das Ost-West-Verhältnis überschreite. Es käme darauf an, daß alle, die chemische Waffen besitzen, einem entsprechenden Vertrag beitreten müßten.

Abg. **Haekkerup** (Dänemark) hob auf die besondere Bedeutung der Rüstungskontrolle zur See ab. Diese und vertrauensbildende Maßnahmen zur See seien ein bedeutsames Thema für die sicherheitspolitischen Interessen der nordischen Staaten. Er rief dazu auf, hierfür ein eigenes Konzept auszuarbeiten.

Abg. **Sir Philip Goodhart** (Vereinigtes Königreich) verwies insbesondere auf die wirtschaftliche Seite des militärischen Bereichs in der Sowjetunion. Die Unterhaltung der Streitkräfte in den Ostblockstaaten verursache für die Sowjetunion hohe Kosten. Dadurch sei die Konjunktur der Wirtschaft in der Sowjetunion sehr eingeschränkt. Diese Zusammenhänge müßten auch den Machthabern im Ostblock klar sein. Bei den Rü-

stungskontrollverhandlungen müsse man sich auf den Erfolg der konventionellen Verhandlungen in Wien konzentrieren.

Abg. **Frau Blattmann** (Norwegen) lenkte die Aufmerksamkeit auf die Verhandlungen über Seestreitkräfte, bei denen es gelte, auch die Gesamtstabilität im Auge zu behalten. Die Seestreitkräfte könnten von dem übrigen Abrüstungsprozeß nicht auf Dauer unbeeinflusst bleiben.

Abg. **Lello** (Portugal) hob die positive Entwicklung in einigen Staaten des Ostens hervor. Der Zusammenhalt des politischen Bündnisses sei eine Realität. Lediglich in der sowjetischen Haltung gegenüber der Rüstungskontrolle zeige sich ein neuer Pragmatismus. Auf jeden Fall müßte der Dialog intensiver werden. Es gelte, ein militärisch konstruktives System der nicht-offensiven Verteidigung zu entwickeln.

Abg. **Albertsson** (Island) lenkte die Aufmerksamkeit auf verschiedene Zwischenfälle mit atomar angetriebenen sowjetischen U-Booten im Nordatlantik. Die isländische Fischereiwirtschaft sei durch diese Ereignisse schon in Mitleidenschaft gezogen worden. Er forderte auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Im Hinblick auf Gespräche über Abrüstung zur See schlug er vor, den gesamten Nordatlantik zur atomwaffenfreien Zone zu erklären.

Abg. **Engwirda** (Niederlande) verabschiedete sich mit seinem Beitrag von der Nordatlantischen Versammlung und von der Politik. Er drückte seine große Genugtuung über das Tagungsthema und über die gehaltenen Reden aus und meinte, daß das Nordatlantische Bündnis mit Optimismus in die Zukunft blicken könne.

Abg. **Arima** (Japan) dankte für die Möglichkeit, an der Sitzung der Nordatlantischen Versammlung teilnehmen zu können. Er stellte die strategische Situation in Japan dar und wies auf die Verstärkung der sowjetischen Streitmacht auch unter Gorbatschow hin. Die Sicherheit im Fernen Osten könne nicht unbedingt mit Optimismus betrachtet werden. Sicherheit sei allerdings zu einer weltweiten Frage geworden. So seien auch die europäische und die japanische Sicherheit immer enger voneinander abhängig.

Senator **Gerosa** (Italien) verwies auf die Notwendigkeit für das Bündnis, angesichts des gegenwärtigen Wandels in Europa seine Strategie anzupassen. Grundlage dafür sei das umfassende Konzept der NATO im Bereich der Rüstungskontrolle. Die Hauptfrage sei, ob Gorbatschow seine Reformpolitik erfolgreich weiterführen könne. Das Bündnis müsse immer mit dem Scheitern der Politik Gorbatschows rechnen. Deshalb sei das Ziel eines ausgewogenen Rüstungsabbaus vorrangig.

Abg. **Rose** (USA) verwies darauf, komplexe Vorgänge, die Gorbatschow durch seine Reformen in Gang gesetzt habe, beinhalteten auch Gefahren. Dies zeige das Nationalitätenproblem. Im Zusammenhang mit den Rüstungskontrollverhandlungen betonte er, daß ein Erfolg in Wien auch als ein Beweis für den politischen Willen der UdSSR zu werten sei. Er sei der Meinung, daß angesichts des Wandels im Osten die

Spannungen zwischen Ost und West im geopolitischen Konzept an Bedeutung verlieren würden.

Abg. **Frau Beer** (Bundesrepublik Deutschland) ging auf die Reden von General Lobow und NATO-Generalsekretär Wörner ein. Ihrer Meinung nach seien die Zielsetzungen, zu denen sich beide bekannt hätten, falsch. Rüstungskontrollverhandlungen seien ein Teil der westlichen Strategie und somit ein Teil der westlichen Machtpolitik. Es sei gesagt worden, daß 40 Jahre NATO „Träume wahr gemacht hätten“. Diese Träume hätten ihre Grundlage im Harmel-Bericht, im Ergebnis des jüngsten NATO-Gipfels und in der Entscheidung zu weiterer Modernisierung gefunden, aber auch in der Beibehaltung der Abschreckungsdoktrin und der Strategie der „flexible response“. Die Auseinandersetzung um die Modernisierung sei vertagt worden. Doch die Modernisierung gehe weiter und sei teilweise bereits abgeschlossen. Die Konsequenz der zur Zeit sehr wichtigen Wiener Verhandlungen werde sein, daß auch die westliche Allianz konventionelle Waffen abbauen werde. Aber es werde stattdessen in Zukunft Waffen besserer Qualität geben, die noch effizienter und noch gefährlicher sein würden als die bisher einsatzfähigen. Dieser technische Fortschritt werde sehr viel Geld kosten, da die Neuentwicklungen in der Waffentechnologie teuer seien. Alle Bereiche, in denen die NATO dem Warschauer Pakt überlegen sei, seien durch die Rüstungskontrollverhandlungen nicht abgedeckt. Die westliche Allianz lehne sogar vertrauensbildende Maßnahmen ab. Obwohl der vorliegende Entschließungsentwurf vertrauensbildende Maßnahmen begrüße, sei sie der Meinung, daß sich die Idee der Abschreckung und die Herbeiführung von Vertrauen ausschließen würden. Generalsekretär Wörner habe verlangt, daß sich die UdSSR der westlichen Allianz anpasse und daß die osteuropäischen Länder bedingungslos westliche Werte übernehmen sollten. Diese westlichen Werte hätten aber auch ein anderes Gesicht, nämlich den Hunger in der Dritten Welt, Kriege und Waffenexporte. Sie frage sich deshalb, ob dies die richtige Perspektive für die UdSSR, Ungarn und Polen sei. Sie sei der Meinung, daß diese Länder nicht denselben Weg gehen sollten. Die NATO und der Warschauer Pakt sollten sich vielmehr gegenseitig annähern, so daß ein gemeinsames Europa aufgebaut werden könne, das zur Auflösung beider Blöcke führe.

Abg. **Chauveau** (Frankreich) wies darauf hin, daß die gegenwärtige Entwicklung im Osten die Gefahr einer Destabilisierung in sich berge. Dies werde besonders durch die Nationalitätenbewegungen in der UdSSR deutlich. Der Abrüstungsprozeß werde zur Zeit vom Wandel der politischen Situation überholt. Im Zusammenhang mit den Abrüstungsverhandlungen wies er auf die Komplexität der Wiener Verhandlungen hin. Ein Hauptproblem sei die Umgehung der quantitativen Verringerung der Zahlen durch die Modernisierung der Waffensysteme.

Abg. **Sengün** (Türkei) verwies auf das veränderte Klima in den Ost-West-Beziehungen. Angesichts des gegenwärtigen Demokratisierungsprozesses in Osteuropa bestehe auch die Möglichkeit größerer Fortschritte bei den Rüstungskontrollverhandlungen. Er begrüße das Streben nach mehr Demokratisierung

und nach politischem Pluralismus in Osteuropa. Trotzdem müsse die NATO gegenüber der UdSSR weiterhin wachsam sein, da diese ihr militärisches Potential noch nicht entscheidend abgebaut habe.

Abg. **Cervetti** (Italien) begrüßte die gegenwärtigen Entwicklungen im Osten, die den Entspannungsprozeß positiv beeinflussen würden. Im Bereich der Rüstungskontrolle seien vertrauensbildende Maßnahmen und ein System gegenseitiger Kontrolle vorrangig. Angesichts des positiven Verlaufs der Wiener Verhandlungen müsse man sich nun Gedanken über die Waffenproduktion und die Umwandlung der Rüstungsindustrie machen.

Abg. **Lamond** (Vereinigtes Königreich) führte aus, mit dem vorliegenden Entschließungsentwurf sei er nicht zufrieden. Wegen des gedämpften Pessimismus im Entschließungsentwurf, der zudem die Notwendigkeit des Einsatzes von Kernwaffen akzeptiere, hätte er dagegen gestimmt. Er beklagte, daß die Dritte Welt im Entschließungsantrag nicht erwähnt werde. Wichtiger Aspekt der Abrüstungspolitik sei aber die Freisetzung von finanziellen Mitteln, die dann für die Entwicklung der Dritten Welt genutzt werden sollten. Letztlich könne man nur dann von Frieden sprechen, wenn es auch keinen Hunger in der Welt mehr gebe.

Abg. **Tremaglia** (Italien) stellte die Glaubwürdigkeit Gorbatschows in Frage. Die UdSSR unterstütze den Abrüstungsprozeß nur deshalb, weil sie dadurch gleichzeitig die eigene Wirtschaft sanieren könne. Er wies darauf hin, daß es immer noch ein großes Übergewicht der UdSSR im Bereich der konventionellen und der chemischen Waffen gebe. Trotz der Perestroika in der Sowjetunion müsse die NATO weiterhin wachsam bleiben, denn Sicherheitspolitik sei unerlässlich für Europa. Die Glaubwürdigkeit der Sowjetunion hänge auch mit der Frage zusammen, ob Gorbatschow bereit sei, an einer Lösung der deutschen Frage mitzuwirken.

Abg. **Peterson** (Norwegen) unterstrich, daß in dieser Zeit des Wandels in Osteuropa und der sich verbessernden Ost-West-Beziehungen mehr Raum für Kontakte und Abrüstungsverhandlungen vorhanden sei. Rüstungskontrolle sei ein wichtiges Instrument, Stabilität und Sicherheit auf einem niedrigen Streitkräfte-niveau zu erhalten. Er hob deshalb den besonderen Stellenwert der Wiener Verhandlungen hervor. Gegenwärtig sei die Bedrohung durch das Übergewicht der konventionellen Streitkräfte des Warschauer Paktes ebenso groß wie die nukleare Bedrohung. Er beurteilte deshalb die Bemühungen um den Abbau von Offensivwaffen in Wien sehr positiv.

Abg. **Earl of Kimberley** (Vereinigtes Königreich) begrüßte die positiven Entwicklungen in den Ost-West-Beziehungen, die auch durch die Anwesenheit von General Lobow in Rom zum Ausdruck gekommen seien. Im Zusammenhang mit den Rüstungskontrollverhandlungen bestehe die Gefahr einer einseitigen ungleichen Abrüstung des Westens. Er wies darauf hin, daß die Rüstungsanstrengungen der UdSSR auch unter der Regierung Gorbatschow noch nicht vermindert worden seien.

Abg. **Gunnella** (Italien) forderte einen neuen Ansatz in den Beziehungen zwischen den USA, der UdSSR und

Europa, sowie in den militärischen Beziehungen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt. Ein solcher komplexer Ansatz müsse auch die politische Zusammenarbeit sowohl zwischen Ost und West als auch zwischen Nord und Süd umfassen. Das Ziel sei es, von einer Konfrontation zu einem positiven Wettbewerb zu kommen.

Abg. **Niegel** (Bundesrepublik Deutschland) wies einleitend darauf hin, daß er angesichts der Ereignisse in Osteuropa zum ersten Mal das Wort vor dem Plenum ergreife. Die gegenwärtige Flüchtlingsbewegung aus der DDR über Prag in die Bundesrepublik Deutschland bezeichne er als eine Abstimmung der Bürger mit Füßen gegen eine undemokratische Regierung. Die jungen Leute, die in den Westen flüchteten, wollten nicht nur das Prinzip der Hoffnung hochhalten, sie wollten auch für Frieden und ein Leben in Freiheit kämpfen. Diesen Menschen seien elementare Rechte vorenthalten worden, die kommunistische Diktatur verweigere ihnen jede Freiheit. Diese Regierung, die sich den größten Demonstrationen seit dem 17. Juni 1953 gegenübersehe, habe keine Zukunft mehr. Tausende seien in Ostberlin, Karl-Marx-Stadt und Plauen für Glasnost und Perestroika auf die Straße gegangen. Auch am 40. Jahrestag der Gründung der DDR unterdrücke die Regierung ihre eigenen Bürger.

Zur Rolle der Abrüstung betonte der christlich-soziale Abgeordnete, Rüstungskontrollverhandlungen seien nur ein Symptom ungelöster Probleme. Die Flüchtlingswelle und die Demonstrationen hätten an die wirklichen Ursachen der Spannungen erinnert. Man habe sich zwischenzeitlich sehr an die Teilung Europas, die Teilung Deutschlands gewöhnt, es sei sogar vor einer möglichen Destabilisierung gewarnt worden. Es sei zwar richtig, daß die Lage an der Oberfläche stabil gewesen sei, aber sie sei im Innern politisch niemals stabil gewesen.

Niegel unterstrich, daß eine dauerhafte Lösung für Europa ohne die Lösung der deutschen Frage nicht möglich sei. Generalsekretär Wörner habe bekräftigt, daß die Prinzipien des Harmel-Berichtes, der die Teilung Deutschlands als Grund für die Spannungen zwischen Ost und West ansehe, auch heute noch gültig seien. Er sei der Meinung, daß durch die Flüchtlingsbewegung die aufgezwungene politische Ordnung in Osteuropa in Frage gestellt werde. Durch die Flüchtlingsbewegung sei die deutsche Frage wieder auf die Tagesordnung der Weltpolitik gekommen. Frieden könne nur durch die Selbstbestimmung aller Völker erreicht werden. Deshalb müsse auch den 17 Millionen Menschen in Ostdeutschland die Möglichkeit gegeben werden, in freien, gleichen und geheimen Wahlen über ihr Schicksal selbst zu entscheiden. Abschließend rief er die Nordatlantische Versammlung dazu auf, das Streben nach Freiheit und Selbstbestimmung im anderen Teil Deutschlands zu unterstützen.

Abg. **Opel** (Bundesrepublik Deutschland) hob zu Beginn seiner Ausführungen hervor, daß dank der besonderen Atmosphäre in Rom die Diskussionen so breit gefächert, so offen und so liberal wie nie zuvor geführt worden seien. Bevor er sich zum vorliegenden Entschließungsentwurf äußerte, betonte er, daß die Dritte-Welt-Problematik ein Schwerpunkt der politi-

schen Arbeit sein müsse. Es dürfe dabei aber nicht übersehen werden, daß viele Länder der Dritten Welt einen sehr hohen Verteidigungsetat hätten — teilweise über 60 % des Gesamthaushaltes — und daher viel Geld für Waffen ausgeben würden.

Ausgehend vom Entschließungsentwurf verwies Opel darauf, daß die militärische Strategie der Abschreckung inzwischen überholt sei. Deshalb befürworte er die Überprüfung aller strategischen Fragen zwischen Ost und West. Die NATO brauche ein umfassendes militärisches und strategisches Konzept, das die drei folgenden Punkte umfasse: Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit, bedeutend größere Vorwarnzeiten und das Unvermögen, größere militärische Operationen zu beginnen. Deshalb solle die westliche Allianz das über zwanzig Jahre alte Konzept der „flexible response“ ändern und ein neues Konzept der „gesicherten Verteidigung“ annehmen, welches die drei vorgenannten Elemente einschließen müsse. Verteidigung sei sinnlos, wenn sie nicht in der Lage sei, im Falle eines Krieges Zerstörungen zu verhindern. Es sei bekannt, daß angesichts der wirkungsvollen Waffensysteme in Ost und West selbst im Falle eines konventionellen Krieges die Frontstaaten buchstäblich „von der Landkarte wegradiert werden würden“. Deshalb müßten alle exponiert liegenden Staaten in Zentraleuropa ein vitales Interesse an einer verstärkten Abrüstung sowie an einer Umorientierung der Verteidigungspolitik und der militärischen Strategie haben. Dieses genannte Ziel stelle vor allem eine politische Herausforderung für die beiden Supermächte dar, die unzweifelhaft weltweite Interessen und Verantwortungen außerhalb der jeweiligen Einflußbereiche der NATO und des Warschauer Paktes haben würden. Soweit es die Rüstungskontrolle angehe, sei er davon überzeugt, daß sich die Allianz im politischen Bereich auf die Rüstungskontrolle konzentrieren müsse, da sich die wirtschaftliche Umstrukturierung und die Verwirklichung der Menschenrechte daraus ergeben würden.

Abg. **Lattmann** (Bundesrepublik Deutschland) sagte zu Beginn seiner Rede, die Atlantische Allianz sei zu keiner Zeit nur eine militärische Allianz gewesen, sondern sie sei traditionell eine Gemeinschaft freier Nationen, die auf den Werten von Freiheit, Demokratie und der Achtung der Menschenrechte beruhe. Die gegenwärtige Phase des Umbruchs sei die wirkliche Bewährungsprobe für alle diese Werte und Ideale. Die Vorgänge in der DDR seien ein Test für die Glaubwürdigkeit des Westens. Die Fluchtbewegung aus der DDR, insbesondere von jungen Menschen, die unter dem Regime aufgewachsen seien, habe dramatische Ausmaße angenommen. Die Regierung, die auf die zahlreichen Demonstrationen mit Repressionen reagiere, sei außerstande, den Drang der Menschen nach Freiheit aufzuhalten.

Die Frage stelle sich, wie der Westen reagieren solle. Viele westliche Politiker hätten die DDR-Regierung zu Reformen aufgefordert, jedoch sei dies in der DDR schwieriger durchführbar als in anderen Ostblockländern, in denen die Lage durch Reformen wirklich verbessert werden konnte. Im Gegensatz zu Ungarn und Polen sei die DDR kein historisch gewachsener Staat, sie leite ihre Existenzberechtigung nur aus der kom-

munistischen Ideologie ab. Die Einführung der Demokratie in der DDR würde dazu führen, daß sich die Bürger gegen diese Regierung entschieden und ihr damit die Legitimation entzögen. In der Bundesrepublik Deutschland wolle man die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Es stelle sich nun die Frage nach der Haltung der westlichen Verbündeten. In der Vergangenheit habe es klare Erklärungen gegeben, aber nun würden kritische Stimmen vor einer Destabilisierung der DDR warnen. Stabilität dürfe kein Selbstzweck sein. Wenn der Westen seinen Prinzipien treu bleiben wolle, müsse er sich für Reformen in Osteuropa und insbesondere in der DDR aussprechen. In Antalya sei sogar gesagt worden, daß die Einschränkung von Menschenrechten und Freiheit in Osteuropa bis zu einem gewissem Maße akzeptiert werden müsse, um die Stabilität und den Frieden nicht zu gefährden. Diese vordergründige Stabilität sei oftmals der Grund für Instabilität in den Ländern, in denen es keine Freiheit gebe. Deshalb müsse der Westen seinen Beitrag leisten, um zu zeigen, daß die Erklärungen der Vergangenheit mehr als nur Lippenbekenntnisse gewesen seien.

Abg. **Bereuter** (USA) betonte, daß der Osten auf den Westen zugehen müsse, nicht umgekehrt, und daß die Länder Osteuropas die westlichen Ideen annehmen müßten. In bezug auf die Verhandlungen über Seestreitkräfte unterstrich er, daß die USA als Weltseemacht immer Widerstand gegen die Vernachlässigung der Seestreitkräfte und deren übermäßige Reduzierung geleistet habe. Deshalb spreche sich die USA auch gegen ein Verbot von seegestützten Nuklearwaffen aus.

Abg. **Rognoni** (Italien) vertrat die Auffassung, daß der Westen im eigenen Interesse die Politik Gorbatschows unterstützen solle. Angesichts der dramatischen Entwicklungen in Osteuropa stelle sich erneut die deutsche Frage, die Frage nach der Wiedervereinigung. Dies sei ein Testfall für die zukünftige Politik der UdSSR. In bezug auf die Rüstungskontrollverhandlungen betonte er, das Ziel des Westens sei die Reduzierung der sowjetischen Präsenz in den Ostblockländern. Die Abrüstungsbemühungen führten zu Einsparungen im militärischen Bereich, die dann im zivilen Bereich eingesetzt werden könnten.

Abg. **Voigt** (Bundesrepublik Deutschland) teilte mit, daß er wegen des unerwarteten Verlaufs der Debatte nicht auf seinen vorbereiteten Redebeitrag zur Rüstungskontrolle eingehen, sondern die Veränderungen in Osteuropa und die Frage der beiden deutschen Staaten ansprechen werde. Angesichts der Entwicklungen in Osteuropa und in der DDR hätten deutsche Redner in der Debatte bestimmte Hoffnungen geäußert. Aber man dürfe nicht vergessen, daß viele Menschen, nicht nur im Osten, sondern auch im Westen Befürchtungen äußerten, wenn von Deutschland die Rede sei. Deshalb sei es wichtig zu vermeiden, daß neue Ängste und damit zusammenhängende Erinnerungen an die deutsche Geschichte entstehen könnten.

Voigt betonte, daß die deutsche Politik von drei Prioritäten ausgehen müsse, die denen der deutschen Friedensbewegung am Anfang des 19. Jahrhunderts ähnlich seien. Diese Prioritäten beträfen Freiheit, Frie-

den und Europa. Der Begriff Frieden habe etwas mit Rüstungskontrolle und Abrüstung zu tun. Dabei denke er nicht nur an die Fortschritte der Wiener Verhandlungen, sondern auch an die Notwendigkeit eines dichten Netzwerkes von Rüstungskontrolle, in das beide Teile Deutschlands in Zukunft eingebunden wären. Dies sei nicht nur eine Garantie für Ost und West, sondern auch für die deutsche Sicherheitspolitik, die in ein interdependentes Netzwerk eingebunden sei, selbst wenn die NATO und der Warschauer Pakt ihre Funktionen ändern würden. Die Einbindung in multilaterale Strukturen sowie Rüstungskontrolle und gemeinsame Sicherheitsvereinbarungen stellten einen historischen Fortschritt dar. Deshalb spreche er sich für eine solche multilaterale Sicherheitspolitik aus.

Das zweite Prinzip sei Freiheit. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts habe es in Deutschland eine Freiheitsbewegung gegeben, für die Freiheit Vorrang gehabt habe. Die Menschen in der DDR, die jetzt ihre Stimme erheben würden, verlangten nach Freiheit. Das Wort Vaterland werde nicht von ihnen benutzt, sondern nur von den Führern des Regimes, die vom deutschen Vaterland sprechen würden. Deshalb müsse die Freiheit Vorrang haben, nicht nur für die Deutschen, sondern für alle Nationen in Europa.

Europa erlebe zur Zeit ein Zusammenwachsen beider Teile, das nicht auf eine „besondere“ Lösung für Deutschland hinwirke. Die Menschen in der DDR hofften auf Freiheiten, die es im Westen bereits gebe. Auch Menschen in anderen Ländern Osteuropas kämpften ebenfalls dafür. Die Menschen, die die DDR verließen, um in den Westen zu gehen, seien nicht gegen Kommunismus und Sozialismus, weil sie nach Gorbatschow verlangten. Für die DDR bedeute das, was Gorbatschow anbiete, Fortschritt im Vergleich zu dem, was sie zur Zeit habe. Die Hoffnung, die diese Menschen ausdrückten, sei, daß die Grenze zwischen Ost und West durchlässiger werde.

Zum Abschluß unterstrich der Abgeordnete, daß zum ersten Mal in den letzten hundert Jahren deutsche Hoffnungen und Wünsche in ein gesamteuropäisches Konzept eingebunden werden könnten. Nur wenn dies möglich sei, lohne es sich auch, in Zukunft für die deutschen Interessen zu kämpfen.

Zum Verlauf der Konferenz

An der 35. Jahrestagung nahmen eine australische und eine japanische Delegation als Beobachter teil. Zum ersten Mal ergriff auf der Konferenz ein führender Offizier der Warschauer-Pakt-Organisation, der sowjetische General Vladimir Lobow, das Wort. Er sprach vor dem Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit über die sowjetische Militärdoktrin.

Die Delegierten der 35. Jahreskonferenz trafen folgende Personalentscheidungen:

Der bisherige Präsident der Nordatlantischen Versammlung, Abg. Patrick Duffy (Vereinigtes Königreich), wurde durch Akklamation wiedergewählt.

Ferner wurden die bisherigen Vizepräsidenten, Senator William Roth (USA), Senator Mariano Rumor und Abg. Zeki Yavuztürk zur Wiederwahl vorgeschlagen. Die Versammlung wählte die Kandidaten durch Akklamation.

Von den Mitgliedern der Delegation der Bundesrepublik Deutschland wurden in Ämter der Ausschüsse gewählt: Abg. Lothar Ibrügger zum Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft und Technik; Abg. Karsten D. Voigt zum Vorsitzenden des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit; Abg. Brigitte Schulte zur Generalberichterstatterin des Ausschusses für zivile Angelegenheiten.

Ausschußsitzungen

Ausschuß für zivile Angelegenheiten

Der Ausschuß für zivile Angelegenheiten tagte am 6. und 7. Oktober 1989 unter dem Vorsitz der Abg. Frau Skarstein (Norwegen).

In seinem Entwurf eines Generalberichts zu dem Thema „NATO und die öffentliche Meinung“ ging Senator **Genton** (Frankreich) zunächst auf die jüngste politische Entwicklung ein, die der Bevölkerung der NATO-Staaten die Einsicht in das Fortbestehen der Erfordernisse einer wirksamen Verteidigung erschwere. Die öffentliche Meinung, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, sei „verführt“ worden. Der Generalberichterstatter äußerte die Vermutung, die Bundesrepublik Deutschland könne sich bei fortwährendem Spannungsabbau weiter nach Osten entwickeln.

Die zum Teil kritische Haltung der deutschen öffentlichen Meinung gegenüber militärischen Fragen nahm einen breiten Raum in dem Bericht ein. Erwähnt wurden z. B. die verbreitete Ablehnung der Tiefflüge und die Absage des REFORGER-Manövers 1989 aus Gründen des Umweltschutzes.

Der Generalberichterstatter war ferner der Ansicht, eine Bedrohung ergebe sich künftig zunehmend aus dem Süden und Südosten in Gestalt des islamischen Fundamentalismus.

Abg. **Mateman** (Niederlande) äußerte sich in der Diskussion vorsichtig zweifelnd zu der von Bundesaußenminister Genscher verfolgten Politik.

Abg. **Frau Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) stellte klar, daß es in der CDU/CSU, der SPD und der FDP keine Zweifel über die Notwendigkeiten der Verteidigungspolitik gebe. Sie verwies außerdem auf die besonderen Schwierigkeiten, die sich aus der dichten Besiedlung der Bundesrepublik Deutschland für Tiefflüge und militärische Manöver ergäben.

In dem Bericht des Mitglieds des wissenschaftlichen Dienstes des US-Kongresses, **Stan Sloan**, über „Perspektiven der Öffentlichkeit und des Kongresses in den USA im Hinblick auf die transatlantischen Beziehungen“ kam zum Ausdruck, daß auch in Öffentlichkeit und Parlament der USA die Wahrnehmung der sowjetischen Bedrohung sich geändert hat. Im Streitkräfteausschuß gebe es eine starke Tendenz, ein Zah-

lenverhältnis von 1 : 5 für die US-Truppen in Europa einerseits und die Truppen der europäischen Staaten andererseits zu verlangen. Dadurch erhöhte sich der Anteil der europäischen Truppen. Der Berichterstatter erwähnte auch die „deutsche Frage“, die möglicherweise jetzt gleichsam unaufhaltsam an die Spitze der weltpolitischen Tagesordnung rücke dadurch, daß das Versagen der DDR offenkundig werde. Die Bündnispartner könnten den Wunsch der Deutschen, die innerdeutsche Grenze zu beseitigen, nicht ignorieren. Das Ziel sollte aber nicht eine Wiedervereinigung sein, sondern eine „Transformation der DDR“ in der Weise, daß eine Wiedervereinigung unnötig werde.

Zusammenfassend stellte der Berichterstatter fest, die NATO solle sich auch in Zukunft darauf konzentrieren, die Stabilität des Verhältnisses zwischen beiden Bündnissen zu erhalten.

Abg. **Frau Schulte** erinnerte an die Konkurrenz zwischen den USA, Japan und Europa auf dem Wirtschaftssektor. Sie fragte, ob alle drei nicht zusammen mehr für die wirtschaftliche Stabilität des Südens tun müßten.

Anhand des Entwurfs eines Sonderberichts über Zivilschutz (Berichterstatter Abg. **Zamberletti**, Italien) diskutierte der Ausschuß über die Notwendigkeit einer „totalen Verteidigung“, die die militärischen und zivilen Elemente zusammenfassen müsse. Die Forderung nach einer Datenbank, die alle einschlägigen Daten allen NATO-Staaten verfügbar machen sollte, stieß auf Bedenken.

Auch in dem Berichtsentwurf des Unterausschusses „Information der Öffentlichkeit über Verteidigung und Sicherheit“ zu dem Thema: „Frankreich, das Vereinigte Königreich und Spanien“ (Berichterstatter: Abg. **Gualtherie van Weezel**, Niederlande) nahm die „deutsche Frage“ eine besondere Rolle ein. Der Berichterstatter führte aus, die Diskussion über die Wiedervereinigung Deutschlands werde angesichts der jüngsten Entwicklungen realer. Er erwähnte eine Pressemeldung, wonach Bundesaußenminister Genscher erklärt habe, ein europäisches föderatives System könne beide deutschen Staaten aufnehmen. Nach Ansicht des Berichterstatters stellt sich die Frage, ob die europäische Gemeinschaft beide deutschen Staaten „aushalte“.

Der Berichterstatter äußerte weiter, Hauptziel der NATO-Länder müsse es sein, ihre Interessen zu wahren, nicht aber Generalsekretär Gorbatschow bei der Bewältigung von dessen Schwierigkeiten zu helfen. Bei seinen Besuchen in den Ländern, die Gegenstand seines Berichts seien, habe er eine positive Haltung zur NATO feststellen können. Der deutsch-französischen Zusammenarbeit bei der Verteidigung maß der Berichterstatter nur symbolischen Wert bei; er unterstrich demgegenüber die entscheidende Bedeutung der Zusammenarbeit Europas mit den USA und Kanada im Bündnis. Deren Truppen müßten in Europa bleiben.

In seinem Bericht zu dem Thema: „Wissenschafts- und Umweltaktivitäten der NATO“ führte der stellvertretende Generalsekretär der NATO für Wissenschafts- und Umweltangelegenheiten, Professor Jacques **Ducuing**, aus, Ziel sei es, einen Beitrag zur

wissenschaftlichen Vitalität des Bündnisses zu leisten. Diesem Ziel dienten unter anderem Sommerkurse für junge Forscher, Seminare für Spitzenkräfte der wissenschaftlichen Forschung und Subventionen für sich ergänzende Forschungsprojekte verschiedener NATO-Staaten. Einige Programme seien auch offen für nicht dem Bündnis angehörende Staaten, z. B. Japan. Man bevorzuge keine bestimmte wissenschaftliche Richtung, allein die Qualität zähle. In 30 Jahren habe man etwa 250 000 Wissenschaftler unterstützt.

Staatsminister **Geil** (Bundesrepublik Deutschland) fragte nach den Vergabekriterien für die Stipendien, ob diese zentral oder dezentral und nach Quoten für die Mitgliedstaaten verteilt würden. Der Berichterstatter antwortete, man bestimme nur den Rahmen und die Leitlinien; es sei den Mitgliedstaaten überlassen, geeignete Wissenschaftler auszuwählen.

Eine Frage von Abg. **Frau Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) bezog sich auch auf etwaige Quoten für die NATO-Staaten, ob insbesondere Mitgliedstaaten mit weniger ausgebautem wissenschaftlichem System besonders berücksichtigt würden. Der Berichterstatter verwies darauf, daß der Verteilungsschlüssel vom Rat festgelegt sei; derzeit werde er aber überprüft.

Bei der Beratung des Ausschusses über den Berichtsentwurf des Unterausschusses „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ führte der Berichterstatter, Abg. **Browne** (Vereinigtes Königreich), aus, die einzelnen Teile des sowjetischen Imperiums entwickelten sich sehr unterschiedlich in Richtung auf mehr Freiheit. Er nannte an der Spitze Polen und Ungarn, weiter die Sowjetunion, sodann die DDR und CSSR und am Schluß Rumänien und Bulgarien. Er ging danach auf die Probleme der Volksgruppen in der Sowjetunion und insbesondere auch in Bulgarien ein.

Abg. **Sauer** (Bundesrepublik Deutschland) erinnerte an die 250jährige Geschichte deutscher Siedlungen in der Sowjetunion und an die Existenz der Wolgarepublik bis 1940. Generalsekretär Gorbatschow habe nunmehr versprochen zu prüfen, ob die heute verstreut in der Sowjetunion lebenden zwei Millionen Deutschen künftig wieder zusammen in drei oder vier Siedlungsgebieten angesiedelt werden könnten. Weiter ging Abg. Sauer auf die Situation der Deutschen in Rumänien, Polen und Ungarn ein. Er erinnerte an das polnische Staatsbürgerschaftsgesetz von 1950, wonach alle Einwohner die polnische Staatsangehörigkeit erhalten hätten. Die deutschstämmigen Polen wollten jedoch als Volksgruppe oder Minderheit respektiert werden.

Der Ausschuß wählte auf Vorschlag von Abg. Frau Schulte (Bundesrepublik Deutschland) Senator Genton (Frankreich) zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses für zivile Angelegenheiten. Erster stellvertretender Vorsitzender wurde Abg. Mannino (Italien). Ebenfalls auf Vorschlag von Abg. Frau Schulte (Bundesrepublik Deutschland) wählte der Ausschuß Abg. Frau Collins (USA) zur zweiten stellvertretenden Vorsitzenden.

Zur Generalberichterstatterin wählte der Ausschuß auf Vorschlag von Senator Genton (Frankreich) Abg. Frau Schulte (Bundesrepublik Deutschland).

Ausschuß für Verteidigung und Sicherheit

Die Sitzung des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit fand am 6. und 7. Oktober 1989 unter dem Vorsitz von Abg. Sir Geoffrey Johnson Smith (Vereinigtes Königreich) statt. Der Generalberichterstatter, Abg. **Volgt** (Bundesrepublik Deutschland) stellte seinen Generalbericht über die Sicherheit des Bündnisses vor. Darin werden die neuen Entwicklungen analysiert und kommentiert, die im vergangenen Jahr in bezug auf die konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE) stattgefunden haben, insbesondere die Erklärung von Seiten der UdSSR und ihrer Verbündeten, einseitige Reduzierungen bei den konventionellen Streitkräften vorzunehmen, sowie die Ernsthaftigkeit, mit der die im März 1989 in Wien begonnenen Verhandlungen über die KSE fortgesetzt werden. Darüber hinaus werden die Probleme der Rüstungskontrolle untersucht. Eine besondere Rolle spielen dabei die Verhandlungen über die Reduzierung der strategischen Waffen (START), die im Juni wieder aufgenommen wurden, sowie die in Europa stationierten nuklearen Kurzstrecken- und Gefechtsfeldwaffen, für die es noch keine offiziellen Verhandlungen gibt. Auch zu dem Problem der chemischen Abrüstung und zu evtl. zu ergreifenden Stabilisierungsmaßnahmen im Bereich der Seestreitkräfte wird Stellung genommen. Vor dem Hintergrund der Debatte innerhalb der NATO über die Annahme eines Gesamtkonzepts für das Bündnis im kommenden Jahrhundert werden in dem Bericht Vorstellungen über den Prozeß und das Rahmenwerk entwickelt, das nach Auffassung des Generalberichterstatters durch die gegenwärtigen internationalen Entwicklungen geboten ist.

Der Zwischenbericht des Unterausschusses „Konventionelle Verteidigung: Neue Konzepte einer europäischen Sicherheitszusammenarbeit“ wurde von den Ko-Berichterstattern, den Abg. **Gama** (Portugal) und **Estrella** (Spanien), vorgestellt. Im Mittelpunkt ihres Berichtes steht die französisch-britische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung. Ausgehend von der historischen Entwicklung der Rüstungszusammenarbeit dieser beiden Länder wird auf die Hindernisse eingegangen, die einer Zusammenarbeit im Wege stehen. Ein weiterer Schwerpunkt des Berichtes bildeten die Sicherheitsprobleme der nordischen Länder.

Abg. **Lello** (Portugal) stellte den Entwurf eines Berichts des Unterausschusses „Verteidigungszusammenarbeit“ vor. Ein Schwerpunkt des Berichtes stellt die Debatte über die Lastenteilung im Bündnis dar. Eingehend werden die unterschiedlichen Vorschläge für eine wirksame Fortsetzung dieser Debatte analysiert. Dabei wird die Verbindung zwischen der Frage der Lastenteilung und des Prozesses der Rüstungskontrolle besonders hervorgehoben. In einem weiteren Schwerpunkt werden die möglichen Auswirkungen der europäischen Integrationsbestrebungen im Rüstungsbereich untersucht. Dabei spielen die Unabhängige Europäische Programmgruppe (IEPG) und die Einheitliche Europäische Akte eine besondere Rolle.

Anschließend sprach der stellvertretende Unterstaatssekretär aus dem Verteidigungsministerium des Ver-

einigten Königreichs, **Moray Stewart**, über die Möglichkeiten der Intensivierung der Rüstungszusammenarbeit in der Allianz und die Rolle, die der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe (IEPG) in diesem Zusammenhang zukommt.

Höhepunkt der Ausschusssitzung war das gemeinsame Auftreten des Obersten Alliierten Befehlshabers Europa, General **Galvin**, und des stellvertretenden sowjetischen Generalstabschefs, General **Lobow**. Es war das erste Mal, daß ein sowjetischer General vor der Nordatlantischen Versammlung das Wort ergriff. General **Lobow** stellte die Militärdoktrin der Sowjetunion vor und betonte, daß das Ziel der Politik der Sowjetunion eine Politik der Kriegsverhinderung sei. Er erklärte, daß dieses Ziel nicht nur die Doktrin sowjetischer Politik sei, sondern auch deren Praxis entspreche. Dies werde dadurch deutlich, daß die Sowjetunion tiefe Einschnitte bei ihren Soldaten und deren Bewaffnung vorgenommen habe. In diesem Zusammenhang nannte er die einseitigen konventionellen Abrüstungsschritte der Sowjetunion, die von Generalsekretär **Gorbatschow** im letzten Jahr angekündigt worden waren. Die Sowjetunion wünsche eine vernünftige Verteidigungsfähigkeit und nicht offensive militärische Macht. Vor diesem Hintergrund fragte er, was der Westen diesem Schritt entgegenzusetzen habe. Die in der Sowjetunion in Gang befindliche Umgestaltung beziehe sich nicht nur auf den wirtschaftlichen Bereich, sie habe auch Auswirkungen auf den Verteidigungsbereich. Letztlich diene sie dem Wohle der Außenpolitik der Sowjetunion und liege damit im Interesse aller Länder.

General **Galvin** führte in seinem Vortrag aus, daß das Atlantische Bündnis wenig Fortschritte in der Verminderung der Kampfkraft des Ostens erkennen könne. Die sowjetischen Streitkräfte seien nach wie vor die stärksten der Welt. Auch der Westen reduziere aufgrund von Verhandlungsergebnissen seine konventionellen Streitkräfte. Die Sowjetunion könnte viel zur Beruhigung des Westens beitragen, wenn sie folgendes tun würde: Erstens, ihre „Blitz-Fähigkeit“ durch Reduzierung des Umfangs ihrer gestaffelten Streitkräfte zu beseitigen; zweitens, ihre ganz offensichtlich offensiv orientierten logistischen Systeme abzubauen; drittens, ihre operierenden Manöver-Truppen völlig zu reduzieren; viertens, diese Schritte mit Änderungen ihrer Militärdoktrin und der Struktur ihrer Streitkräfte in Richtung auf eine wahrhaft defensiv ausgerichtete Verteidigung einhergehenzulassen; fünftens die Rate ihrer Waffenproduktion zu verlangsamen und sechstens jeder Seite erlauben, zu beobachten daß diese Änderungen auch wirklich stattfinden.

Botschafter **Richard Burt**, Leiter der Delegation der USA bei den Genfer Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen und Chefunterhändler der USA bei den START-Verhandlungen, sprach zu dem Thema, ob die jüngsten Entwicklungen bei den START-Verhandlungen Hoffnungen für eine frühzeitige Einigung böten. Wenngleich der Westen nach seiner Auffassung eine einmalige Chance zur Erreichung eines Abrüstungsübereinkommens mit der Sowjetunion besitze, wage er doch keine Voraussagen über den Zeitpunkt der Erreichbarkeit einer solchen

Übereinkunft. Er wies darauf hin, daß sowohl Präsident Bush, als auch der sowjetische Außenminister Schewardnadse gesagt hätten, daß ein START-Vertrag bei einem geplanten Gipfel der Supermächte im Jahre 1990 unterschriftsreif sein könnte. Diese Einschätzung sei das Ergebnis der Gespräche zwischen Baker und Schewardnadse in Wyoming im September dieses Jahres, in denen die Sowjetunion ihre Forderung fallen gelassen hätte, daß ein START-Vertrag an ein Verbot weltraumgestützter Verteidigung der USA gebunden sein solle. Neben der Halbierung der atomaren Sprengköpfe seien nach wie vor ungelöst Probleme der luft- und seegestützten Cruise missiles und Differenzen über den 1972 abgeschlossenen ABM-Vertrag. Der Erfolg der Gespräche in Wyoming zeige erste Früchte bei den Genfer Verhandlungen, doch könne nicht vorausgesagt werden, wann diese abgeschlossen sein würden.

Abg. Voigt (Bundesrepublik Deutschland) wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit gewählt.

Der Unterausschuß „Konventionelle Verteidigung: Neue Konzepte einer europäischen Sicherheitszusammenarbeit“, der ein neues Mandat erhalten hat, ist in Unterausschuß „Die Zukunft der Streitkräfte“ umbenannt worden. Den Vorsitz hat Senator Capuzzo (Italien) übernommen.

Wirtschaftsausschuß

Der Wirtschaftsausschuß tagte in Abwesenheit der Vorsitzenden, Frau Ministerin Simonis (Bundesrepublik Deutschland), am 6. Oktober 1989 unter dem Vorsitz des Abg. Estrup (Dänemark) und am 7. Oktober 1989 unter dem Vorsitz des Abg. Rose (USA). An den Ausschusssitzungen nahmen ungarische und japanische Delegierte als Beobachter teil.

Zu Beginn der Sitzung wurde der Entwurf eines Generalberichts über die Probleme und Perspektiven der sowjetischen Wirtschaftsreform beraten, den der Generalberichterstatter, Abg. **Engwirda** (Niederlande), vorstellte. Im Vordergrund des Berichtes stehen die Schwierigkeiten, die mit einer Neustrukturierung des sowjetischen Wirtschaftssystems verbunden sind. Der Generalberichterstatter betonte, daß durch den Reformprozeß das System in Bewegung geraten sei, aber noch keine Ergebnisse der Perestroika im wirtschaftlichen Bereich spürbar seien. Das Hauptproblem für den Handel mit dem Westen sei die Nichtkonvertierbarkeit der sowjetischen Währung. Es liege im Interesse des Westens, den Reformprozeß zu unterstützen, um die Sowjetunion an marktwirtschaftliche Strukturen und demokratische Institutionen heranzuführen.

In der Diskussion über den Generalbericht wurde hervorgehoben, daß es angesichts der wirtschaftlichen Krisensituation in der Sowjetunion keine Alternative zu den von Gorbatschow eingeleiteten Reformen gebe. Im Ausschuß bestand Einigkeit darüber, daß eine Beurteilung der Erfolgsaussichten des Reformprozesses schwierig sei. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere auf das Nationalitätenproblem in der UdSSR und die damit verbundene Gefahr für den

Reformprozeß hingewiesen. Der vom Generalberichterstatter vorgelegte Entschließungsentwurf wurde positiv beurteilt, da er in Ergänzung zum Generalbericht Möglichkeiten des Westens zur Unterstützung des Reformprozesses in Osteuropa aufzeigte.

Im weiteren Verlauf der Sitzung sprach der Direktor der Wirtschaftsabteilung der NATO, **Jean-Claude Renaud**, zum Thema „Interne und externe wirtschaftliche Herausforderungen für die Allianz“. Er unterstrich, daß wirtschaftliche Faktoren für die NATO in den nächsten Jahren eine größere Rolle spielen würden und verwies auf den Grundkonflikt zwischen dem Streben nach Wohlstand und sozialer Sicherung einerseits und der kostspieligen Sicherheitspolitik andererseits. Zu den Wirtschaftsreformen in Osteuropa bemerkte er, daß die UdSSR Jahrzehnte brauche, um sich mit der Wirtschaft im Westen messen zu können. Der Veränderungsprozeß führe kurzfristig — wie sich bereits in Ungarn zeige — zu Inflation, Arbeitslosigkeit und sozialer Ungerechtigkeit.

Im Anschluß daran sprach erstmals ein Vertreter des ungarischen Handelsministeriums, **Sandor Szabo**, vor dem Wirtschaftsausschuß. Er schilderte die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Ungarns, die durch Stagflation, eine stark angestiegene Auslandsverschuldung und ein großes Haushaltsdefizit gekennzeichnet sei. Angesichts dieser wirtschaftlichen Krisensituation sei die Öffnung zur Marktwirtschaft durch Deregulierung, Importliberalisierung und Privatisierung notwendig gewesen. Er rief die westlichen Länder zur Unterstützung für Ungarn auf, da der Reformprozeß nur mit Hilfe von außen erfolgreich fortgesetzt werden könne. Ergänzend zu diesen Ausführungen berichtete ein Vertreter des ungarischen Außenministeriums, **Istvan Zelnik**, über die politischen Entwicklungen in Ungarn und lud die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses zu einem Besuch in Ungarn ein.

Einen weiteren Schwerpunkt der Ausschußberatungen bildete der Zwischenbericht des Unterausschusses „Transatlantische Handelsbeziehungen“ zum Thema „Spannungen im Welthandelssystem: 1992 — Europa und das Bündnis“, den der Abg. **Gaud** (Frankreich) vorstellte. Er betonte die wichtige Rolle der USA und der Europäischen Gemeinschaft bei den gegenwärtigen GATT-Verhandlungen und ihre große Verantwortung für das Welthandelssystem. Im Hinblick auf den Binnenmarkt 1992 habe die EG lange dessen Implikationen im Bereich Wirtschaft und Sicherheit, vor allem gegenüber den USA, nicht gesehen. Deshalb sei ein verstärkter politischer Dialog mit den USA erforderlich, um der Furcht vor einer „Festung Europa“ entgegenzuwirken.

Im Anschluß an den Bericht wurde die darin angesprochene Problematik eines Beitritts der Türkei zur EG erörtert. Während Abg. **Sabunis** (Türkei) einen sofortigen Beitritt der Türkei zur EG forderte, verwies der Berichterstatter auf die innenpolitischen Probleme der Türkei, das wirtschaftliche Gefälle zwischen der Türkei und der EG sowie den noch ungelösten Zypern-Konflikt als Grund für die Zurückhaltung der EG gegenüber einem türkischen Beitritt. Abg. **Krieps** (Luxemburg) unterstrich, daß die schwierige wirtschaftliche Situation der Türkei das Hauptproblem sei und im Falle eines EG-Beitritts eine lange Übergangszeit er-

forderlich sei. Abg. **Engwirda** (Niederlande) meinte, daß ein türkischer Beitritt erst nach der Verwirklichung des Binnenmarktes im Jahre 1992 in Betracht komme. Im weiteren Verlauf der Diskussion wurden die Handelsbeziehungen zwischen den USA und der EG sowie die Gefahr des Protektionismus auf beiden Seiten angesprochen. Minister **Dr. Hahn** (Bundesrepublik Deutschland) betonte, daß der Binnenmarkt 1992 keine „Festung Europa“ schaffe, sondern im Gegenteil einen größeren Markt mit verbesserten Möglichkeiten.

Zum Abschluß der Sitzung sprach der italienische Finanzminister, **Guldo Carli**, über die Aussichten für eine internationale finanzielle und monetäre Zusammenarbeit. Er ging auf die jüngste Tagung des Internationalen Währungsfonds ein, deren Hauptthemen die Kursschwankungen der amerikanischen Währung, das Haushaltsdefizit in den USA sowie die hohe Auslandsverschuldung einiger osteuropäischer Länder gewesen seien. Er betonte die Notwendigkeit, die Märkte mehr und mehr miteinander zu verflechten und angesichts des Wandels in Osteuropa die Entwicklung zu einer Marktwirtschaft zu unterstützen. Auf die Frage nach einer möglichen Mitgliedschaft der UdSSR im Internationalen Währungsfonds betonte er, daß dies vor allem ein technisches Problem darstelle, da die UdSSR keine Marktwirtschaft sei und über keine konvertible Währung verfüge.

Der Ausschuß wählte nach dem Ausscheiden der Vorsitzenden, Frau Ministerin **Simonis** (Bundesrepublik Deutschland) und des Generalberichterstatters, Abg. **Engwirda** (Niederlande) Abg. **Rose** (USA) zum Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses sowie Abg. **Sabunis** (Türkei) und Abg. **Wiggin** (Vereinigtes Königreich) zu seinen stellvertretenden Vorsitzenden. Zum Generalberichterstatter wählte der Ausschuß den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, Abg. **Estrup** (Dänemark).

Politischer Ausschuß

Die Sitzungen des Politischen Ausschusses fanden am 6. und 7. Oktober 1989 unter Vorsitz der Abg. **George** (Vereinigtes Königreich) und **Bouvard** (Frankreich) statt.

Zu Beginn der Sitzung stellte der Generalberichterstatter, Abg. **Bouvard** (Frankreich), seinen Generalbericht über die sowjetische Außenpolitik unter Gorbatschow vor. Der Generalbericht gibt einen Überblick über die unterschiedlichen Erscheinungsformen des „Neuen Denkens“ in der sowjetischen Politik. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, daß trotz der in der Außenpolitik der Sowjetunion zu verzeichnenden positiven Entwicklung weiterhin Anlaß zur Sorge in bezug auf die westlichen Interessen bestehe. Nach Auffassung des Generalberichterstatters bleibt die Haltung der NATO, ein nukleares und konventionelles Abschreckungspotential aufrechtzuerhalten und sich gleichzeitig um Entspannung zu bemühen, das geeignetste Konzept.

Als Gastredner wies der Oberkommandierende der Alliierten Streitkräfte in Südeuropa, Admiral **Howe**,

darauf hin, daß trotz der politischen Entspannung in Europa die Verteidigungsbereitschaft der Allianz nicht nachlassen dürfe, insbesondere im relativ instabilen Mittelmeerraum. Er wies auf die starke politische Differenzierung in seinem Kommandobereich hin und erläuterte die besondere geographische Lage, die die Streitkräfte an der Südflanke der Allianz vor schwierige Aufgaben bei der Erfüllung ihres Auftrages stelle. Aufgrund dieser speziellen Situation setzte er sich nachdrücklich für die uneingeschränkte Fortsetzung laufender und geplanter Modernisierungsvorhaben der Bündnispartner, insbesondere im Bereich der Luftwaffen und der Kommunikationssysteme, ein.

Im Anschluß daran berichtete der stellvertretende Generalsekretär für politische Angelegenheiten der NATO, Botschafter **Dr. Wegener**, über die Ergebnisse des NATO-Gipfeltreffens im Mai 1989 und die jüngsten Entwicklungen bei den Rüstungskontrollverhandlungen. Die NATO habe mit der Gipfelerklärung und dem Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung ihre Vitalität und Entschlußkraft unter Beweis gestellt und ebenso die Fähigkeit, auf den Wandel in Osteuropa angemessen zu reagieren. Worum es nun gehe, sei die Gestaltung der Zukunft mit dem Ziel, die Spaltung Europas zu überwinden. Der Allianz komme hierbei eine Schlüsselrolle zu, wobei die Konsultationsverfahren im Bündnis von entscheidender Bedeutung seien, insbesondere auch bei der Gestaltung der Kooperation mit den Staaten Osteuropas. Es sei realistisch, von einem ersten Ergebnis der KSE-Verhandlungen in Wien im Jahre 1990 auszugehen. Der Schwerpunkt dieser Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa werde sich in der Folge von der rein numerischen Betrachtung mehr und mehr auf begleitende Maßnahmen und andere Elemente der Stabilität verlagern, bei denen die kollektive Verantwortlichkeit der jeweiligen Bündnismitglieder wichtig sei.

Ein weiterer Höhepunkt der Sitzung des Politischen Ausschusses war die kurze Ansprache des stellvertretenden sowjetischen Generalstabschefs, General **Lobow**. Die Diskussionsbeiträge, die er gehört habe, seien gut und ermutigend gewesen. Es gebe keinen Zweifel, daß die Streitkräfte allseits verringert würden und an Bedeutung verlören. Er habe in dieser Sitzung Dinge gehört, die man früher nicht habe hören können; dies seien die Irrtümer der Vergangenheit. Heute sei Sicherheit unteilbar, man lebe in einem Haus, unter einem Dach. General **Lobow** dankte für die Einladung und für die Gelegenheit zum Gespräch. Seine Teilnahme sei für ihn sehr ermutigend und biete ein Beispiel für künftige Kontakte.

Den Zwischenbericht des Sonderausschusses für Bündnisstrategie und Rüstungskontrolle stellte der Ko-Berichterstatter, Abg. **Frinking** (Niederlande), vor. Der Bericht faßt die wichtigsten Elemente des im Mai 1989 auf dem NATO-Gipfel verabschiedeten globalen Konzepts des Bündnisses zusammen. Anschließend wurde der Sonderbericht über die weltweiten Herausforderungen für die Allianz, den der Sonderberichterstatter, Abg. **George** (Vereinigtes Königreich), vorgelegt hatte, beraten. Nach diesem Bericht besteht die wichtigste Rolle des Atlantischen Bündnisses 40 Jahre

nach seiner Gründung darin, über die Eindämmungspolitik hinauszugehen und anderen Themen, die für die internationale Gemeinschaft von Belang sind, größere Aufmerksamkeit zu schenken. Der Sonderberichterstatter nennt unter anderem regionale Probleme, das Problem der Weiterverbreitung chemischer und nuklearer Waffen sowie die Umweltproblematik. Darüber hinaus wurde der Zwischenbericht des Unterausschusses „Osteuropa“, den der Berichterstatter Abg. **Petersen** (Norwegen) vorstellte, beraten. Der Bericht ist dem gegenwärtigen politischen Wandel in Osteuropa und der Reaktion des Westens auf diese Veränderungen gewidmet. Der Berichterstatter stellt fest, daß der gegenwärtige Wandel in Osteuropa die Nordatlantische Versammlung zu Recht veranlaßt habe, sorgfältig zu prüfen, wie sie zur Förderung dieses Reformprozesses beitragen könne.

Zum Abschluß der Sitzung hatten Beobachter aus Polen und Ungarn die Gelegenheit, das Wort zu ergreifen, um den Mitgliedern des Politischen Ausschusses über die gegenwärtigen Veränderungen in Ungarn und Polen im wirtschaftlichen und vor allem im politischen Bereich zu berichten. Abg. **Roskita** (Polen) übermittelte Grüße des polnischen Sejm und dessen Präsidenten Geremek. Polen sei zwar Mitglied des Warschauer Vertrages, aber Polen und seine Regierung seien kein Feind der NATO. Die 80er Jahre hätten einen tiefgreifenden Wandel gebracht. Der Wandel in West- und Osteuropa sei untrennbar miteinander verbunden. Die politischen Reformen in Mitteleuropa hätten die strategische Lage bereits jetzt entscheidend verändert; es sei für Polen heute undenkbar, an einer kriegerischen Auseinandersetzung teilzunehmen. Polen erwarte vom Westen Unterstützung für erste freie Wahlen, raschen Fortschritt in Richtung auf ein VKSE-Abkommen und Wirtschaftshilfe, denn ohne westliche Investitionen würden alle Reformen keinen Erfolg haben. Polen stehe zu Europa und zur europäischen Idee. Die anschließende Diskussion behandelte ausführlich Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und Reform in Polen, die Frage der Beziehungen Polens zur EG und das deutsch-polnische Verhältnis.

Neben dem Vorsitzenden des Politischen Ausschusses, Abg. George (Vereinigtes Königreich), wurden auch die stellvertretenden Vorsitzenden, Abg. Herrero (Spanien) und Abg. Berman (USA) sowie der Generalberichterstatter Abg. Bouvard (Frankreich), wiedergewählt. Zum Vorsitzenden des Unterausschusses „Osteuropa und die Sowjetunion“ wurde Abg. Petersen (Norwegen) gewählt. Als Vorsitzender des Unterausschusses „Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen“ wurde Abg. Smith (USA) wiedergewählt.

Ausschuß für Wissenschaft und Technik

Im Mittelpunkt der Sitzung des Ausschusses stand die abschließende Beratung des Generalberichtes über die Verifikationstechnologie im Bereich der Rüstungskontrolle, der vom Generalberichterstatter, Abg. **Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland), vorgelegt wurde. Der Bericht wurde nach Diskussion mit einer Änderung einstimmig angenommen. Ausführlich

wurde die Arbeit der Arbeitsgruppe für Nukleare Sicherheit und Nichtweiterverbreitung diskutiert. Der Berichterstatter, Senator **Chauty** (Frankreich), beschäftigte sich hierin mit der Frage der Weiterverbreitung von militärisch genutzter Nukleartechnik, der Technologie chemischer Kampfstoffe sowie der Trägertechnologie. Fragen der Endlagerung nuklearer Abfälle und nukleare Störfälle auf See wurden ebenfalls in dem Berichtsentwurf der Arbeitsgruppe behandelt.

Bei erneuter Abwesenheit des Sonderberichterstatters, Senator Wirth (USA), stellte der stellvertretende Ausschußvorsitzende, Abg. **Boehlert** (USA), den Bericht über den „Globalen Klimawechsel“ vor. Dabei wurde besonders ausführlich auf die Fragen des klimatischen Treibhauseffektes sowie die Maßnahmen, die zur Verhinderung dieser Umweltschädigung getroffen werden können, eingegangen. Zwei weitere Berichtsentwürfe, der Zwischenbericht des Unterausschusses für Forschung- und Entwicklungszusammenarbeit durch den Berichterstatter Abg. **Banks** (Großbritannien) und der Sonderbericht über neue Technologien und Verteidigung, vorgestellt vom Sonderberichterstatter Abg. **Perez-Llorca** (Spanien), wurden ausführlich diskutiert und anschließend angenommen. Anstelle der in Abwesenheit von Senator Wirth (USA) vorgelegten Resolution zu Fragen des weltweiten Klimawechsels wurde eine weitergehende Entschließung vom Vorsitzenden, **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich), zur Verschmutzung der Atmosphäre vorgelegt und mit Zusätzen einstimmig verabschiedet. Ebenfalls verabschiedete der Ausschuß die Entschließung betreffend die „Weiterverbreitung von Raketen und nuklearen sowie chemischen Waffen“, die als Entschließung Nr. 211 vom Plenum angenommen wurde.

Der Ausschuß hatte zwei Experten zu Vorträgen eingeladen. Ein Vertreter des kanadischen Außenministeriums, Oberst **Cleminson**, stellte die Zusammenhänge und Probleme sowie kanadische Aktivitäten im Bereich der Verifikation unter Berücksichtigung der Forschungsaktivitäten sowie Durchführungsmaßnahmen dar. Der amerikanische Sicherheits- und Umweltexperte, **Dr. McDonald**, hielt einen Vortrag zum Treibhauseffekt.

Hervorgehoben werden sollte besonders die Berichterstattung über die im September durchgeführte Reise des Unterausschusses in die Sowjetunion. Zur Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der sowjetischen Akademie der Wissenschaften soll über den Ständigen Ausschuß die Erlaubnis zur Einladung des Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion eingeholt werden.

Zum Abschluß der Sitzung wurde nach vierjähriger Tätigkeit der bisherige Vorsitzende des Ausschusses **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) im Vorsitz von Abg. **Ibrügger** (Bundesrepublik Deutschland) abgelöst. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden die Ausschußmitglieder Abg. **Boehlert** (USA) und Senator **Chauty** (Frankreich) gewählt. **Sir Peter Emery** (Vereinigtes Königreich) wird zukünftig dem Ausschuß als Berichterstatter dienen.

Atlantisch-Pazifisches Seminar

Im Anschluß an die 35. Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung fand am 10. Oktober 1989 in Rom das Atlantisch-Pazifische Seminar unter dem Vorsitz des Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung, Abg. Duffy (Vereinigtes Königreich), statt.

Am Anfang stand ein Vortrag von Herrn Stephen Kirby, Direktor des Zentrums für Verteidigungs- und Abrüstungsstudien an der Universität Hull. Er befaßte sich mit der Frage, ob sich angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung des pazifischen Raumes die USA von Europa ab- und diesem Raum zuwenden könnten. Trotz der im einzelnen dargelegten Argumente für eine derartige Verlagerung des Interesses der USA kam der Referent nach einer umfassenden Analyse zu dem Ergebnis, daß eine solche Verlagerung nicht zu erwarten sei. Neben anderen Gesichtspunkten führte er für diese Auffassung an, die Sowjetunion sei nach wie vor eine europäische Macht. Wegen der zu erwartenden politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf ihrem eigenen Territorium und im gesamten Ostblock werde die Sowjetunion in Zukunft selbst ein Interesse am Fortbestehen der NATO haben. Generalsekretär Gorbatschow werde aber auch seine Vorstellungen eines Europa des Jahres 2000 (Gemeinsames Europäisches Haus) weiterverfolgen. Unabhängig von der Dynamik der politischen Situation in Deutschland müsse daher der Westen nun selbst definieren, wie er sich das künftige Europa vorstelle, um nicht gegenüber der Sowjetunion politisch in die Defensive zu geraten.

Es folgte die Erörterung der beiden Tagesordnungspunkte des Seminars: „Gorbatschows Initiativen: Atlantische und pazifische Perspektiven“ und „Amerika, Europa und der Pazifik: Gestaltung einer sich ändernden wirtschaftlichen Balance“.

In das erste Thema führte zunächst Abg. Voigt (Bundesrepublik Deutschland) ein. Er vertrat die Auffassung, daß Generalsekretär Gorbatschows Absichten die sowjetische Innen- und Außenpolitik veränderten. Dem Westen sei daran gelegen, daß diese Absichten in der Sowjetunion selbst und in den anderen Ostblockstaaten verwirklicht würden. Der Westen sollte durch Kooperation, auch auf wirtschaftlichem Gebiet, den Wandel fördern. Es sei zu erwarten, daß die Entwicklung auch Schwierigkeiten und Rückschritte bringe. Die NATO werde angesichts der bestehenden militärischen Fähigkeiten des östlichen Bündnisses und für den Fall geänderter Absichten der Sowjetunion notwendig bleiben. Abgesehen von diesem militärischen Aspekt werde den Schwerpunkt der NATO zukünftig eine politische Rolle im West-Ost-Dialog bilden. Man dürfe hoffen, die Teilung Europas zu überwinden. Dieses Ziel zu erreichen, werde jedoch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, erfordern.

Senator Nagano (Japan) unterstrich in seiner Einführung in das Thema die Bereitschaft seines Landes, die Initiativen Generalsekretär Gorbatschows zu unterstützen. Man denke an die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit der Sowjetunion. Das Hauptproblem sei die Rückgabe der vier nördlichen Inseln an Japan. Es gebe im Pazifik keine Militärbündnisse vergleichbar der NATO, sondern nur bilaterale Abkom-

men. Das ASEAN-Bündnis sei wirtschaftlicher Natur; sollte es eine militärische Dimension erhalten, könne sich Japan aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht beteiligen. Japan sei bereit, wie andere Staaten auch weltweite Verantwortung zu übernehmen, z. B. im Rahmen der UNO.

Senator Hamer (Australien) betonte in seinem einführenden Beitrag die Übereinstimmung der australischen Regierung und Opposition in der Außenpolitik. Die geopolitische Lage im pazifischen Raum sei von zahlreichen Unterschieden und Einzelinteressen geprägt, so daß eine gemeinsame Sicherheitspolitik kaum denkbar erscheine. Im übrigen stellte er fest, daß die Hauptbedrohung für den Frieden im Pazifik aus Europa komme.

In der anschließenden Diskussion erklärte Sir Julian Ridsdale (Vereinigtes Königreich) unter anderem, im Moment seien nur die Bundesrepublik Deutschland und Japan in der Lage, der Sowjetunion wirtschaftlich zu helfen.

Abg. Gama (Portugal) verwies darauf, daß die Sowjetunion im pazifischen Raum weder wirtschaftlich noch militärisch ein Bündnis habe. Er sah die größte Bedrohung des pazifischen Raums in dem Ausbau der indischen Militärmacht.

Abg. Voigt (Bundesrepublik Deutschland) war ebenfalls der Auffassung, daß Europa das wichtigste Sicherheitsrisiko für die pazifische Region sei. Auch daraus erwachse eine Verpflichtung für die Politik in Europa.

Senator Nagano (Japan) bestätigte auf entsprechende Fragen, daß seinem Land die Beteiligung an einer kollektiven Verteidigungsstruktur für Asien durch die Verfassung verboten sei. Er persönlich sei allerdings anderer Auffassung. Nach einer Analyse der politischen Verhältnisse unter anderem in China und Kambodscha sowie des japanisch-sowjetischen Konflikts um die vier nördlichen Inseln wiederholte der Senator, sein Land begrüße Generalsekretär Gorbatschows Entspannungsinitiativen. Die unveränderte militärische Überlegenheit der Sowjetunion im Pazifik mache aber Wachsamkeit erforderlich. Zugleich fürchte sein Land das Wiedererstarken des Nationalismus im pazifischen Raum.

In das zweite Thema führte zunächst Abg. Engwirda (Niederlande) ein. Er sah im Welthandelssystem eine Tendenz gegen multilaterale Beziehungen zugunsten von mehr bilateralen und regionalen Wirtschaftsinitiativen (z. B. Europäischer Binnenmarkt und Freihandelsabkommen USA – Kanada). Dies erschwere die GATT-Verhandlungen in Genf. Er beschrieb die wachsende wirtschaftliche Macht Japans nicht nur im pazifischen Raum sondern weltweit. In diesem Zusammenhang erwähnte er, daß Japan nach der Sowjetunion und den USA den drittgrößten Militärhaushalt habe. Er schilderte sodann die wirtschaftlichen Probleme der USA, die innerhalb weniger Jahre vom größten Gläubiger zum größten Schuldner geworden seien. Die Wirtschaftsbeziehungen mit Japan seien der Eckstein der amerikanischen Pazifikpolitik. In bezug auf Europa gebe es Unsicherheiten hinsichtlich der Währungsunion, der Sozialpolitik und der politischen Union. Außerdem bestünden weiterhin Be-

fürchtungen, daß die Vollendung des Binnenmarktes zu einer „Festung Europa“ führe. Er kam zu dem Ergebnis, daß die Industriestaaten verstärkt eine globale Wirtschaftspolitik betreiben und den politischen Dialog im Sinne umfassender Partnerschaften intensivieren müßten.

Abg. **Edwards** (Australien), der als zweiter in das Thema einführte, betonte, sein Land wünsche nicht so sehr bilaterale Beziehungen, sondern vielmehr ein freieres multilaterales Handelssystem. Der pazifische Raum sei gekennzeichnet durch stark wachsende Volkswirtschaften ohne gemeinsame politische Orientierung. Sein Land sei bereit, eine Rolle bei der Förderung regionaler Kooperation und einer freieren Welthandelspolitik zu spielen.

Als dritter führte Abg. **Arima** (Japan) in das Thema ein. Auch er plädierte für freie multilaterale Handelsbeziehungen und gegen protektionistische Maßnahmen. Japan begrüße die Vollendung des Binnenmark-

tes als Impuls für die Weltwirtschaft, erhoffe sich aber die unveränderte Offenheit der europäischen Märkte.

In der anschließenden Diskussion äußerte Abg. Frau **Schulte** (Bundesrepublik Deutschland) die Auffassung, die ökonomische Stärke des Westens habe den Wandel im Osten gefördert. Was die Entwicklung der ärmsten Länder Asiens angehe, so sei eine Zusammenarbeit Japans mit den anderen Industriestaaten erforderlich.

Direktor **Kirby** (Universität Hull) erklärte in seinem Schlußwort, bevor man den osteuropäischen Ländern die Befähigung zum Wirtschaften vermittelt habe, seien Kapitalhilfen wenig sinnvoll. Im übrigen war er der Meinung, daß die anderen westlichen Industriestaaten den USA mit einem „umgekehrten Marshall-Plan“ bei der Überwindung der wirtschaftlichen Probleme helfen müßten.

Prof. Dr. Manfred Abelein, MdB
Leiter der Delegation

Senator Volker Kröning
Stellvertretender Leiter der Delegation

Entschließung 204
betr. die Informationspolitik des
Atlantischen Bündnisses

Die Versammlung

1. *begrüßt* die auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer des Atlantischen Bündnisses im Mai 1989 erzielten positiven Ergebnisse sowie die auf diesem Treffen ergriffenen Initiativen, insbesondere im Bereich der Abrüstung;
2. *ist darum bemüht*, dem Atlantischen Bündnis das ihm gebührende Ansehen zu verschaffen als Zusammenschluß von Ländern, die ernsthaft entschlossen sind, die internationalen Spannungen abzubauen, *betont* jedoch ebenfalls die Notwendigkeit, die westliche Öffentlichkeit vor übertriebenem Optimismus zu warnen im Hinblick auf Konsequenzen, die ein rascher Abschluß der laufenden Abrüstungsverhandlungen auf die Verteidigungsanstrengungen der Mitgliedsländer des Atlantischen Bündnisses haben könnte;
3. *stellt fest*, daß das gegenwärtige internationale Klima für die öffentliche Meinung der demokratischen Nationen mit der Schwierigkeit verbunden ist, Verständnis für die Notwendigkeit aufzubringen, weiterhin bedeutende – insbesondere finanzielle – Anstrengungen für die Aufrechterhaltung einer ausreichenden Verteidigung ihrer Lebensweise und ihrer Unabhängigkeit zu unternehmen sowie die Konsequenzen einer umfangreichen internationalen Militärpräsenz zu ertragen;
4. *begrüßt* daher die Tatsache, daß sich das Bündnis einer Neudefinierung der jeweiligen Rollen seiner nordamerikanischen und westeuropäischen Hälften zuwendet und dabei letzterer größere Autonomie verschaffen möchte, als die einzige Antwort auf den Gedanken eines „gemeinsamen europäischen Hauses“;
5. *besteht auf* der Notwendigkeit, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß das Atlantische Bündnis hauptsächlich eine politische Rolle spielt und nicht nur eine militärische Organisation ist;
6. *fordert* die Regierungen der Mitgliedsländer des Bündnisses *dringend auf*:
 - a) in ihren an die Öffentlichkeit gerichteten Mitteilungen zu betonen, daß die in letzter Zeit in den Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts eingetretenen wichtigen und hoffnungsvollen Veränderungen in den Ländern des Warschauer Paktes immer noch einen ungewissen Ausgang nehmen können und daß die Aufrechterhaltung einer zuverlässigen Verteidigungsfähigkeit weiterhin als Sicherheit gegenüber möglichen Trendwechseln erforderlich ist;
 - b) die strategische Überlegenheit hervorzuheben, die die Sowjetunion in einem Europa hätte, in dem zwischen den Staaten der Europäischen

Gemeinschaft keine weitgehende politische und militärische Annäherung stattgefunden hat;

- c) die jüngste Entwicklung zu nutzen, die den europäischen Bündnisländern eine besondere Rolle innerhalb des Bündnisses übertragen möchte;
- d) eine auf eine Kosten-Nutzen-Analyse gestützte allgemeine Überprüfung der Informationsmethoden der NATO vorzunehmen.

Entschließung 205

betr. das Atlantische Bündnis und den Zivilschutz

Die Versammlung

1. *verweist* auf ihre Entschließung 196 aus dem Jahre 1988;
2. *begrüßt* das grundsätzliche Einverständnis, das der Generalsekretär der NATO in seiner Antwort auf diese Entschließung im Hinblick auf die Einrichtung einer Datenbank über Zivilschutz zum Ausdruck gebracht hat, und *äußert den Wunsch*, daß rasch diesbezügliche Schritte unternommen werden, damit die Mitgliedstaaten des Bündnisses im Notfall über zuverlässige und sofort abrufbare Informationen verfügen;
3. *bekräftigt*, daß die zukünftige Unterstützung des Atlantischen Bündnisses durch die Öffentlichkeit weitgehend davon abhängt, ob die Aufgaben der NATO auf nicht-militärische Aktivitäten, insbesondere den Zivilschutz, ausgedehnt werden;
4. *betont*, daß die NATO in diesem Bereich nicht zu ersetzen ist, weil sie über Mittel für einen sofortigen Einsatz verfügt, die für eine internationale Organisation einzigartig sind;
5. *fordert* die Regierungen der Mitgliedsländer des Bündnisses *dringend auf*:
 - a) das internationale Sekretariat der NATO damit zu betrauen, die Möglichkeiten für die Einrichtung einer Datenbank über Zivilschutz zu prüfen;
 - b) die Informationsverfahren und -systeme der Mitgliedsländer des Atlantischen Bündnisses im Bereich des Zivilschutzes im Rahmen des Möglichen zu vereinheitlichen;
 - c) in den Mitgliedsländern des Atlantischen Bündnisses ein Netz von Kontakten im Bereich des Zivilschutzes zu schaffen;
 - d) längerfristig ein einheitliches Steuerungs-Kontrollsystem zwischen den Mitgliedsländern des Bündnisses sowie die Schaffung eines Ständigen Ausschusses für Mittel der zivilen Notstandsplanung in Betracht zu ziehen.

Entschließung 206
**betr. die menschliche Dimension der
Ost-West-Beziehungen**

Die Versammlung

1. *begrüßt* die positiven Entwicklungen, die in einigen Ländern des Warschauer Pakts erfolgen;
2. *ist jedoch zutiefst besorgt* über die Politik der Zwangsassimilierung und die Verletzung der Rechte der türkischen moslemischen Minderheit durch die bulgarische Regierung, die zu einem tragischen Massensexodus von über 300 000 Menschen geführt hat, und über die Unterdrückung der Grundrechte durch die rumänischen Behörden;
3. *und ist ebenfalls besorgt* über die fortgesetzte Unterdrückung der Meinungsfreiheit durch die Regierungen der Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik, die bisher 110 000 ostdeutsche Bürger dazu veranlaßt hat, ihr Land zu verlassen;
4. *betont*, daß selbst in denjenigen Ländern, in denen eine Verbesserung der humanitären Situation zu verzeichnen ist, wie z. B. in der Sowjetunion, weiterhin schwerwiegende Probleme bestehen, zu denen in erster Linie der Einsatz der Psychiatrie für politische Zwecke zählt;
5. *stellt* die zunehmenden Volksdemonstrationen für nationale und ethnische Identität in der Sowjetunion und in Osteuropa *fest*, die auf die Notwendigkeit dieses grundlegenden Menschenrechts hinweisen, und *hofft*, daß diese Entwicklungen ihren friedlichen Charakter beibehalten werden, im Geiste der vom Präsidenten der UdSSR vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates abgegebenen Erklärung, die insgesamt im Einklang steht mit den Erklärungen, die von den Führern demokratischer Nationen in dieser Frage abgegeben wurden, und die als solche eine willkommene Verbesserung in den europäischen Beziehungen darstellt;
6. *begrüßt* den Abschluß des KSZE-Folgetreffens in Wien und insbesondere den Überwachungsmechanismus, der im Schlußdokument dieses Treffens vereinbart wurde;
7. *unterstreicht* die Bedeutung der menschlichen Dimension bei den Ost-West-Beziehungen als einen unverzichtbaren Faktor des Vertrauens zwischen den Staaten;
8. *begrüßt* infolgedessen die Aussicht auf eine baldige Einigung in Abrüstungsfragen innerhalb des KSZE-Prozesses, *weist jedoch darauf hin*, daß diese Fortschritte den Frieden fördern und die rasche Entwicklung der menschlichen Dimension unterstützen sollten;
9. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedsländer des Bündnisses *dringend auf*:
 - a) sicherzustellen, daß die menschliche Dimension des KSZE-Prozesses als die wesentliche Voraussetzung für Frieden und Sicherheit in Europa betrachtet wird;

- b) sicherzustellen, daß die KSZE-Treffen, die sich mit der menschlichen Dimension befassen, interessierten Gruppen und Kontrollorganisationen offenstehen;
- c) die Gelegenheit des Kopenhagener Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension (CDH) zu nutzen, um die Voraussetzungen für einen offenen und fruchtbaren Dialog zwischen den Teilnehmerstaaten über Fragen der menschlichen Dimension zu schaffen, ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zu verschiedenen Militärbündnissen, insbesondere durch die Einbeziehung von Mitgliedern von Nicht-Regierungsorganisationen und Menschenrechtlern in ihre nationalen Delegationen;
- d) und, insbesondere, die Parlamentarier zu ermutigen, eine Rolle in dem vom Wiener Schlußdokument eingesetzten Kontrollmechanismus zu übernehmen, indem sie die Regierungen der Mitgliedstaaten dazu bewegen, diesen Mechanismus in Anspruch zu nehmen, wenn Menschenrechtsverletzungen in den Teilnehmerstaaten der KSZE begangen werden.

Entschließung 207
betr. die strategische Rüstungskontrolle

Die Versammlung

1. *erinnert* an ihre Entschließung 198 betr. den Abschluß und die Implementierung eines START-Vertrages, die 1988 von der Versammlung mit großer Mehrheit angenommen wurde;
2. *nimmt* die wiederholte und bedingungslose Unterstützung des Bündnisses für eine 50 %ige Reduzierung der strategischen Arsenale der USA und der UdSSR *zur Kenntnis*, die erst im Mai bei dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der NATO in Brüssel erneut bekräftigt wurde;
3. *erkennt* die erfreulichen Fortschritte der Reagan-Administration bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine Rahmenvereinbarung an, deren Ziel es ist, einen stabilitätsfördernden Vertrag von historischer Tragweite in greifbare Nähe zu bringen;
4. *ist davon überzeugt*, daß mit dem START-Rahmenabkommen die Überlebensfähigkeit des strategischen Potentials der USA dadurch gewährleistet ist, daß das sowjetische Erstschlagspotential tiefen Einschnitten unterworfen wird, die USA jedoch ihre Vergeltungspotentiale soweit auflockern können, wie sie es für nötig halten;
5. *begrüßt* die in den vergangenen Wochen erfolgten augenfälligen Fortschritte der Vereinigten Staaten und der UdSSR bei der Lösung einiger wichtiger Probleme, die einem START-Vertrag noch im Wege stehen und
6. *weist daher endgültig die Vorstellung zurück*, daß weitere Fortschritte bei den START-Gesprächen in irgendeiner Form an den Ausgang der Ver-

handlungen über konventionelle Rüstungskontrolle gebunden werden sollen;

7. *hofft*, daß die jüngste amerikanische Initiative über ein zuvor auszuarbeitendes Verifikationsregime vor einer Vertragsunterzeichnung nicht gerade dann zu Verzögerungen führt, wenn andere wichtige Differenzen im Mittelpunkt stehen sollten, und
8. *geht davon aus*, daß die Sowjetunion den Forderungen nach umfassender Verifikation ebenso aufgeschlossen gegenüberstehen wird wie bei dem INF-Vertrag;
9. *ist der Überzeugung*, daß ein START-Abkommen so, wie es im vereinbarten Vertragsentwurf vorgesehen ist, den allgemeinen Sicherheitsinteressen des Atlantischen Bündnisses entspräche und *ist ferner überzeugt*, daß die noch bestehenden Hindernisse mit dem erforderlichen Maß an politischem Willen auf beiden Seiten überwunden werden können;
10. *ist zuversichtlich*, daß die Regierung der Vereinigten Staaten über ausreichende Mittel, Fähigkeiten und Unterstützung verfügt, um sowohl bei den START-Verhandlungen in Genf als auch bei den KSE-Verhandlungen in Wien zügig und energisch auf einen Vertragsabschluß hinzuarbeiten;
11. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedsländer des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf*:

die Vereinigten Staaten auch weiterhin uneingeschränkt und bedingungslos bei ihren weiteren Bemühungen zu unterstützen, unverzüglich — und ohne Verknüpfung mit anderen Rüstungskontrollverhandlungen — an der Überwindung der verbleibenden Hindernisse für ein START-Abkommen auf der Grundlage des von der Reagan-Administration ausgehandelten Vertragsentwurfs zu arbeiten.

Entschließung 208

betr. die Unterstützung und Handhabung des Wandlungsprozesses in Europa

Die Versammlung

1. *ist sich* der Unteilbarkeit des Sicherheitskonzeptes in Europa sowie der Wechselwirkung zwischen der fortschreitenden Integration der osteuropäischen Länder in der Weltwirtschaft, der Stabilität in Europa und der schrittweisen Überwindung der widernatürlichen Teilung Europas bewußt;
2. *unterstützt* die in der Sowjetunion von Präsident Michail Gorbatschow durchgeführte Politik der Perestroika sowie ähnliche Initiativen zur Herbeiführung wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen in anderen Ländern der Warschauer Vertragsorganisation, sofern diese Initiativen die betreffenden Länder den marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaften und demokratischen Institutionen näherbringen;
3. *ist daher ermutigt* durch und *unterstützt* den Demokratisierungsprozeß in Polen und Ungarn und die Bemühungen um eine Umstrukturierung der dortigen Volkswirtschaften in Richtung auf eine Einbeziehung wichtiger marktwirtschaftlicher Elemente;
4. *ist überzeugt*, daß die Schritte zu Wirtschaftsreformen in einigen Ländern Osteuropas langfristig Grundvoraussetzungen für eine stabile demokratische Entwicklung sind;
5. *betont* darüber hinaus die bestehenden und potentiellen positiven und erneuernden Auswirkungen der in der Sowjetunion vollzogenen Reformen auf Regierung und Gesellschaft in anderen Mitgliedsländern der Warschauer Vertragsorganisation;
6. *befürchtet* daher, daß der Reformprozeß in der Sowjetunion unter dem Fehlen konkreter wirtschaftlicher Ergebnisse und der steigenden Unzufriedenheit bei den Verbrauchern den ethnischen und nationalistischen Spannungen, den sozialen Unruhen und der politischen Opposition leidet;
7. *begrüßt* die erklärte Absicht einiger Länder des Warschauer Paktes, als ein Element der begonnenen Wirtschaftsreformen in einigen Ländern Osteuropas die Gesamtverteidigungslasten zu verringern und dort freiwerdende Reserven für den zivilen Bereich zu verwenden (und *bemerkt* in dieser Richtung bereits erfolgte Schritte, einschließlich u. a. einseitiger Reduzierungen und der Bereitschaft, im Rahmen der VKSE asymmetrische Einschnitte zu akzeptieren);
8. *ist jedoch besorgt*, daß dieser Übergang aufgrund der Vorlaufzeit langwierig sein wird und daß sich die aus den Abrüstungserfolgen ergebenden wirtschaftlichen Verbesserungen nicht kurzfristig einstellen werden;
9. *glaubt* deshalb, daß die Bündnismitglieder sich bemühen sollten, diesen Prozeß zu fördern, nicht nur im Hinblick auf ihre Rüstungskontroll- und Verteidigungspolitiken, sondern auch in Form von kurzfristigen direkten Hilfen durch Maßnahmen, wie sie kürzlich vom Senatsausschuß der Vereinigten Staaten für Auswärtige Beziehungen gefordert wurden;
10. *erkennt* die im Washingtoner Vertrag, Harmel-Bericht und in der KSZE-Schlußakte festgeschriebene Verpflichtung der Länder des Atlantischen Bündnisses zu konstruktiven Veränderungen in Osteuropa sowie die Tatsache an, daß Polen und Ungarn ihre Wirtschaftsreformen nicht ohne fremde Hilfe erfolgreich umsetzen können;
11. *ist daher ermutigt* durch die erklärte internationale Bereitschaft, die Reformbemühungen in Osteuropa so lange zu unterstützen, wie sie zu mehr Demokratie und Pluralismus in der Gesellschaft führen, und durch den im Juni von den G-7 in Paris einstimmig gefaßten Beschluß, daß die EG-Kommission bei der Koordinierung der Unterstützung für Polen und Ungarn federführend sein soll;

12. *ist der Überzeugung*, daß die westlichen Länder schneller handeln sollten, um Lebensmittelhilfe und Kreditgarantien zu gewähren und eine Umschuldung für die reformwilligen Länder, die eine solche Unterstützung benötigen, zu ermöglichen, und *begrüßt* als einen ersten Schritt die kürzlich erfolgte Entscheidung der EG-Kommission, Polen und Ungarn bei der Umstrukturierung ihrer Wirtschaft zu helfen;
13. *vertritt die Überzeugung*, daß unter den gegebenen Umständen Kapitalspritzen in die Wirtschaften reformwilliger Mitgliedsländer der Warschauer Vertragsorganisation am produktivsten sind, wenn sie mit marktwirtschaftlich orientierten Reformen einhergehen;
14. *unterstützt* die westlichen Länder bei der Umsetzung von Versprechen in konkrete und dann praktische Maßnahmen dort, wo sie am meisten gebraucht werden;
15. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedsländer des Atlantischen Bündnisses *dringend auf*, zusammenzuarbeiten, um den wirtschaftlichen und sozialen Wandel in den Mitgliedsländern der Warschauer Vertragsorganisation anzuregen:
 - a) indem sie bei befreundeten Staaten, internationalen Organisationen und Institutionen ihren Einfluß dahingehend geltend machen, daß sie die wirtschaftlichen und sozialen Reformen in Ost- und Mitteleuropa fördern;
 - b) indem sie die Erleichterung des Schuldenproblems in Polen unterstützen durch den Abschluß eines vernünftigen Abkommens zwischen dem IWF und Polen, das die Bereitstellung eines dringend erforderlichen Stand-by Kredits ermöglicht, sowie durch eine längerfristige und umfassendere Umschuldung der verbürgten Schulden für Polen im Rahmen des Pariser Clubs;
 - c) indem sie dafür Sorge tragen, daß die direkte finanzielle Unterstützung für Polen und andere reformwillige Länder auf wettbewerbsfördernde Initiativen, die neue Handlungsmöglichkeiten eröffnen, konzentriert wird, wie z. B. auf die Schaffung von kleinen und mittleren Betrieben, Handwerksbetrieben und Dienstleistungsunternehmen, auf Verbesserungen der Agrarproduktion, die Verteilung der Agrarprodukte mit Hilfe der Nahrungsmittelkette sowie die Ausbildung von Angestellten und Unternehmensleitern;
 - d) indem sie im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft die rasche Unterzeichnung von Handels- und Kooperationsabkommen vorantreiben und die weitere Liberalisierung des Handels unterstützen;
 - e) indem sie innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die Möglichkeiten für eine stärkere Beteiligung der Europäischen Investitionsbank bei der Finanzierung geeigneter Infrastrukturprojekte untersuchen;
- f) indem sie reformwilligen Ländern den Zugang zu westlichen Märkten erleichtern und die Schaffung von joint ventures zwischen Ost und West fördern, u. a. durch die Einführung von Maßnahmen auf bilateraler und multilateraler Ebene, die den westlichen Investoren gewisse Garantien im Hinblick auf ihr für solche Transaktionen zur Verfügung gestelltes Kapital verschaffen;
- g) indem sie die technische Zusammenarbeit und den Handel zwischen Ost und West anregen, insbesondere in dem entscheidenden Bereich des Umweltschutzes, u. a. durch die Förderung von Projekten der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und eine koordinierte und selektive Reduzierung der Exportkontrollen für Technologie im Rahmen des Koordinationskomitees für multilaterale Exportkontrollen (COCOM);
- h) indem sie, u. a. durch die Erstellung von Ausbildungs- und Austauschprogrammen und gelockerte Visabestimmungen, Besuche in ihrem Land für Touristen, Studenten, Hochschullehrer, Ingenieure und Geschäftsleute aus reformwilligen Mitgliedsländern der Warschauer Vertragsorganisation erleichtern und fördern;
- i) indem sie den Beitritt dieser Länder zu internationalen Wirtschaftsinstitutionen wie dem GATT und dem IWF aktiv unterstützen — sobald diese Länder bereit sind, ihre mit der Mitgliedschaft in solchen Institutionen verbundenen Verpflichtungen zu übernehmen und sofern sie die erforderlichen Bedingungen für einen Beitritt erfüllen können — und indem sie interessierten Ländern den Beobachterstatus in diesen Institutionen verleihen, um ihnen bei der Anpassung ihrer Regelungen an die üblichen internationalen Praktiken zu helfen;
- j) indem sie — als Ausdruck ihrer Bindung an die in der Erklärung der Staats- und Regierungschefs des Bündnisses vom Mai 1989 niedergelegten Ziele — die außergewöhnliche Rolle des Wirtschaftsausschusses der NATO als eines Diskussionsforums für Wirtschafts- und Sicherheitsdimensionen des Wandels in den Mitgliedsländern der Warschauer Vertragsorganisation und für die von den Bündnisländern gegenüber Osteuropa ergriffenen Initiativen unterstützen und dafür Sorge tragen, daß die Beteiligung an den Arbeiten dieses Forums auf möglichst hoher Ebene erfolgt;
16. *fordert* die Parlamente und Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *dringend auf*:

entsprechend den Initiativen im US-Senat eigene finanzielle Sofortmaßnahmen zur Unterstützung des Demokratisierungs- und Reformprozesses in Polen, Ungarn und anderen Ländern Osteuropas zu erwägen, die zur Einführung politischer Demokratie, wirtschaftlichem Pluralismus und zur Achtung der Menschenrechte bereit sind;
17. *beschließt*, daß die Nordatlantische Versammlung, die einzigartig ist, weil sie Parlamentarier aus 16 Bündnisländern umfaßt, als Kontaktstelle

zu Parlamentariern aus Ländern des Warschauer Paktes dienen wird, mit dem Ziel, Erfahrungen und konkrete Vorstellungen über die Rolle des Gesetzgebers bei der Festsetzung der Innen- und Außenpolitik auszutauschen, und daß sie zur Förderung eines besseren Verständnisses und eines größeren Vertrauens zwischen den Regierungen und Bevölkerungen dieser Länder beitragen wird, wo dies möglich ist und sie es für angebracht hält.

Entschliebung 209

betr. Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen

Die Versammlung

1. *begrüßt* die am 9. März 1989 erfolgte Eröffnung der Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM), an denen sich 35 Staaten beteiligen;
2. *ist ermutigt* durch die Übereinstimmung, die bei den Vorschlägen des Bündnisses, des Warschauer Paktes und der neutralen und blockfreien Staaten in einigen Punkten besteht;
3. *stellt mit Befriedigung fest*, daß schon zu Beginn Arbeitsgruppen gebildet wurden;
4. *ist überzeugt*, daß die Verhandlungen über die VSBM eine wichtige Rolle spielen bei der Errichtung eines neuen Sicherheitssystems in Europa, indem sie die Androhung oder die Anwendung von Gewalt verhindern und die parallel verlaufenden Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa (VKSE) ergänzen;
5. *ist sich bewußt*, daß die Beseitigung von Ungleichheiten, die der Sicherheit und der Stabilität in Europa abträglich sind, die beste Voraussetzung zur Aushandlung von Beschränkungen militärischer Aktivitäten ist, sofern diese den allgemeinen Sicherheitsinteressen aller Teilnehmerstaaten entsprechen;
6. *stellt mit Befriedigung* die bis jetzt erfolgte Anwendung der im Stockholmer Dokument aus dem Jahre 1986 enthaltenen Bestimmungen *fest*;
7. *begrüßt* das am 12. Juni 1989 zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR geschlossene Übereinkommen über die Verhinderung gefährlicher militärischer Aktivitäten als wesentlichen Beitrag für die Schaffung eines internationalen Klimas von Vertrauen und Sicherheit;
8. *begrüßt* die von Präsident Bush am 12. Mai 1989 ergriffene Initiative zugunsten des Konzepts des „offenen Himmels“, das auf das Territorium der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion und, je nach Vereinbarung, auf das Staatsgebiet ihrer jeweiligen Verbündeten anwendbar ist und einen wichtigen Schritt im Hinblick auf die Transparenz militärischer Aktivitäten darstellt;

9. *fordert* die 35 Teilnehmerstaaten *dringend auf*:

- a) sich unverzüglich um die Verabschiedung einer neuen Folge einander ergänzender VSBMs zu bemühen, die folgende notwendige Elemente umfassen sollten:
 - i. Informationsaustausch über Bodenstreitkräfte und bodengestützte Luftstreitkräfte, insbesondere über ihre Stationierung, ihren Auftrag sowie ihre Stärke in Friedenszeiten;
 - ii. Ankündigung in bezug auf Truppenverlegungen von einer Garnison in eine andere und in bezug auf die Einberufung von Reservisten, wobei vorzugsweise nach dem Schema für die der Vorankündigungspflicht unterworfenen militärischen Aktivitäten vorzugehen ist;
 - iii. Ankündigung der geplanten Stationierung neuer wichtiger konventioneller Waffensysteme für Boden- oder Luftstreitkräfte;
 - iv. Vor-Ort-Inspektion normaler Standorte in Friedenszeiten, um eine Bewertung der Informationen über militärische Streitkräfte und die Stationierung wichtiger neuer konventioneller Waffen zu ermöglichen;
 - v. gemeinsam zu vereinbarende Anpassungsmaßnahmen, deren Ziel es ist, die Wirksamkeit der Bestimmungen des Stockholmer Dokuments zu erhöhen, und die sich gegebenenfalls auf neue Obergrenzen und neue Formen ankündigungspflichtiger Aktivitäten beziehen;
 - vi. die Schaffung verbesserter Bedingungen für akkreditiertes Militärpersonal;
 - vii. falls erforderlich, die Schaffung eines wirksamen Netzes zur rechtzeitigen Verbreitung von Informationen über die VSBM;
 - viii. gleiche Behandlung von Medienvertretern;
 - ix. einen regelmäßigen Meinungsaustausch über die mit der tatsächlichen Situation und Struktur der konventionellen Streitkräfte verknüpfte Militärdoktrin und damit verbundene Fragen, die sich insbesondere auf Ausbildung, Aktivitäten im Feld sowie Verteidigungsausgaben beziehen.

10. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses *auf*:

- a) zu untersuchen, unter welchen Bedingungen die derzeitige Ausnahme der Vorankündigungspflicht militärischer Aktivitäten — die Alarmbereitschaft — ohne Gefahr aufgehoben werden könnte;

- b) zu untersuchen, wie die Ziele und Verfahren des amerikanisch-sowjetischen Abkommens aus dem Jahre 1989 über die Verhinderung gefährlicher militärischer Aktivitäten und anderer Abkommen angewandt werden könnten zur Verhinderung und Einschränkung von Zwischenfällen in Europa und den angrenzenden Regionen, einschließlich der von atomar betriebenen Schiffen verursachten Unfälle sowie der Verletzungen des Luftraums und der territorialen Gewässer;
- c) ausreichend detaillierte nationale Stellungnahmen über die Möglichkeit, die VSBM über die im Stockholmer Dokument getroffene Vereinbarung hinaus auf die Aktivitäten der Seestreitkräfte anzuwenden, im Zusammenhang mit den strategischen Zielen des Bündnisses in Erwägung zu ziehen;
- d) zu untersuchen, ob Vertrauen und Sicherheit durch die Erstellung eines regelmäßigen und gegenseitigen Austauschprogramms zwischen militärischen und zivilen Verantwortungsträgern der NATO und ihren Ansprechpartnern in den Staaten des Warschauer Pakts gefördert würden;
- e) zu untersuchen, inwieweit die gegenwärtigen Verhandlungen zu einer gerechten Analyse der von den Warschauer Pakt-Staaten angekündigten einseitigen Maßnahmen – Streitkräfte-reduzierungen und Umstrukturierung des Verteidigungspotentials – beitragen könnten, was die sofortige Verabschiedung der vom Bündnis in bezug auf den Informationsaustausch über die bewaffneten Streitkräfte und die großen Programme für die Stationierung konventioneller Waffen gemachten Vorschläge durch alle Verhandlungspartner und die entsprechenden Einschätzungen mit einschließt sowie eine Verbesserung der Reise- und anderen Arbeitsbedingungen des akkreditierten Militärpersonals, bis die Ergebnisse über die KSE-Verhandlungen vorliegen.

Entschließung 210

betr. die tragische Situation der türkischen moslemischen Minderheit in Bulgarien

Die Versammlung

- 1. *verweist auf* ihre Entschließungen 168, 184 und 190 (jeweils angenommen in den Jahren 1985, 1986 und 1987), in denen sie die Regierungen und Parlamente der Mitgliedsländer des Atlantischen Bündnisses dringend aufgefordert hat, dem Problem der Unterdrückung der türkischen moslemischen Minderheit in Bulgarien weiterhin Aufmerksamkeit zu schenken;
- 2. *verweist auf* die im August 1989 vom Generalsekretär der NATO im Namen der Verbündeten abgegebene Erklärung, in der er die bulgarischen Behörden aufgefordert hat, Appellen der internationalen Gemeinschaft auf Erfüllung ihrer im Rah-

men der KSZE eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen;

- 3. *verweist auf* die in der Verfassung der Volksrepublik Bulgarien aus dem Jahre 1971 enthaltenen Bestimmungen, die den in diesem Land ansässigen Mitgliedern der türkischen moslemischen Minderheit gleiche Rechte garantieren und sie vor jeder Form der Diskriminierung bewahren, sowie auf die einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki, die die Rechte der in den Unterzeichnerstaaten ansässigen ethnischen Minderheiten garantieren;
- 4. *ist bemüht* um die Wahrung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, auf denen das Atlantische Bündnis beruht;
- 5. *ist zutiefst beunruhigt* über den von den bulgarischen Behörden am Ende des Jahres 1984 eingeleiteten Prozeß der Zwangsassimilierung, dessen Ziel es ist, die ethnische, religiöse und kulturelle Identität der 1,5 Millionen Menschen zählenden türkischen moslemischen Minderheit zu zerstören, was in flagranter Verletzung der zwischen der Türkei und Bulgarien geschlossenen Abkommen und internationalen Instrumente geschieht;
- 6. *bedauert* zutiefst, daß die bulgarischen Behörden auf überaus brutale Methoden, durch die Menschen verletzt und getötet werden, zurückgreifen, um die friedlichen Demonstrationen und die Massen-Hungerstreiks zu unterdrücken, die von der türkischen Minderheit zur Unterstützung ihrer Forderungen in bezug auf die Beendigung der Assimilationskampagne und die Wiederherstellung ihrer Rechte und ihres Status veranstaltet werden;
- 7. *ist äußerst beunruhigt* über die seitdem von den bulgarischen Behörden verfolgte Politik, durch die bisher mehr als 310 000 Türken zur Auswanderung in die Türkei gezwungen wurden und dabei ihr Eigentum, ihren Besitz und ihre sozialen Rechte aufgeben und in einigen Fällen sogar ihre Ehegatten und Kinder zurücklassen mußten;
- 8. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses *dringend auf*:
 - a) ihre Anstrengungen zugunsten der türkischen moslemischen Minderheit fortzusetzen und zu intensivieren und dadurch zu einer raschen Lösung dieses tragischen Problems beizutragen und in diesem Zusammenhang die bulgarischen Behörden aufzufordern, ihre Politik der Assimilierung der türkischen moslemischen Minderheit unverzüglich zu beenden und die Rechte und den Status der moslemischen Türken in Übereinstimmung mit ihren in den türkisch-bulgarischen Abkommen und den internationalen Instrumenten eingegangenen Verpflichtungen wiederherzustellen;
 - b) alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel auszuschoöpfen, um das Einverständnis Bulgariens für Verhandlungen mit der Türkei herbeizuführen, mit dem Ziel, die Rechte und den Status der türkischen moslemischen Minderheit wieder-

herzustellen und ein umfassendes Auswanderungsabkommen zu schließen;

- c) die bulgarischen Behörden zu drängen, von Politiken und Praktiken abzusehen, die die Mitglieder der türkischen moslemischen Minderheit dazu zwingen, Bulgarien in Scharen zu verlassen;
 - d) die bulgarischen Behörden aufzufordern, der internationalen Presse und ausländischen Delegationen freien Zutritt zu allen Regionen des Landes, die überwiegend von Türken besiedelt sind, zu gewähren;
 - e) die Situation der türkischen moslemischen Minderheit bis zur Regelung dieser Angelegenheit weiter zu verfolgen;
 - f) dem Präsidenten des bulgarischen Parlaments den Inhalt dieser EntschlieÙung zu übermitteln;
9. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Bündnisländer auf, unverzüglich konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die bulgarische Regierung zur Einhaltung ihrer internationalen Verpflichtungen gegenüber der türkischen moslemischen Minderheit zu veranlassen.

EntschlieÙung 211

betr. die Weiterverbreitung von Raketen und nuklearen sowie chemischen Waffen

Die Versammlung

- 1. *ist besorgt* über Beweise, aus denen hervorgeht, daß eine zunehmende Zahl von Staaten über Möglichkeiten verfügt, nukleare und chemische Waffen sowie Trägersysteme für Raketen herzustellen;
- 2. *ist alarmiert* über die relativ problemlose Art und Weise, auf die chemische Waffen hergestellt werden können;
- 3. *stellt fest*, daß der Erwerb nuklearer und chemischer Waffen und der Mittel, die ihren Einsatz ermöglichen, andere Staaten, die in Reichweite dieser Waffen liegen, dazu bewegt, sich ihrerseits ebenfalls mit solchen Waffen auszustatten;
- 4. *ist sich bewußt*, daß Anstrengungen, die Verbreitung nuklearer und chemischer Waffen und der Mittel, die einen Einsatz dieser Waffen möglich machen, zu kontrollieren, auf zahlreiche Schwierigkeiten stoßen;
- 5. *unterstützt* die von der Staatengemeinschaft unternommenen Anstrengungen, der Verbreitung von nuklearen Waffen im Rahmen von Regelungen über die Nichtverbreitung Einhalt zu gebieten;
- 6. *begrüÙt* Initiativen wie die von der „australischen Gruppe“ eingeführten Exportkontrollen für chemische Wirkstoffe, die für die Herstellung von chemischen Waffen verwendet werden können,

mit dem Ziel, die Verbreitung solcher Waffen zu begrenzen;

- 7. *würdigt* die Anstrengungen der Genfer Abrüstungskonferenz, ein weltweites Verbot chemischer Waffen zu erreichen;
- 8. *ist ermutigt* durch sich abzeichnende Fortschritte bei den Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über ein weltweites Verbot chemischer Waffen;
- 9. *unterstützt* die Bemühungen der Staaten, die auf dem Weg über Regelungen zur Kontrolle von Raketentechnologien versuchen, den Export solcher Technologien zu drosseln, ist aber
- 10. *besorgt* darüber, daß die Staaten mit einem entsprechendem technischen Know-how sich derartigen Regelungen nicht anschließen;
- 11. *ersucht* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses und die Regierungen und das Parlament der Sowjetunion dringend:
 - a) zusätzlichen Druck auf die Nationen auszuüben, die in dem Verdacht stehen, nukleare sowie binäre und nicht binäre chemische Waffen und Mittel, die den Einsatz dieser Waffen ermöglichen, zu erwerben, damit diese Staaten von ihren Projekten in diesem Bereich Abstand nehmen und entsprechende Beweise dafür vorlegen;
 - b) denjenigen Nationen, die im Verdacht stehen, nukleare und chemische Waffen sowie Mittel, die den Einsatz dieser Waffen ermöglichen, zu beschaffen, solange keine militärische und wirtschaftliche Unterstützung mehr zu gewähren, bis diese Länder glaubwürdig nachgewiesen haben, daß bei ihnen keine derartigen Programme bestehen oder solche Programme aufgegeben wurden;

- 12. *fordert* die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Bündnisses *dringend auf*:

ihre Anstrengungen im Hinblick auf die Herbeiführung eines weltweiten Verbots der Entwicklung, Produktion, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen fortzusetzen.

EntschlieÙung 212

betr. die Verschmutzung der Atmosphäre

Die Versammlung

- 1. *ist zutiefst besorgt* über die Anzeichen des Ozonabbaus in der oberen Atmosphäre;
- 2. *begrüÙt* die internationalen Bemühungen um eine Eindämmung des Ozonabbaus durch die Reduzierung von Emissionen ozonschädigender chemischer Substanzen, wie z. B. Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) und Halone; und
- 3. *begrüÙt* die von mehreren Ländern eingegangene Verpflichtung, diese Emissionen schneller zu reduzieren als es ursprünglich im Wiener Überein-

kommen und im Montrealer Protokoll vereinbart war; aber

4. *stellt fest*, daß sich die geltenden Übereinkommen über Emissionen nicht auf Tetrachlorkohlenstoff und Methylchloroform beziehen, welche erheblich zum Ozonschwund beitragen;
5. *ist sich bewußt*, daß gegenwärtig Austauschstoffe für FCKWs und Halone entwickelt werden, die für die Ozonschicht weitaus weniger schädlich wären; und
6. *ist von der Notwendigkeit eines weltweiten Verbots für ozonschädigende Chemikalien überzeugt*;
7. *ist alarmiert* über die zunehmende Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre sowie über die großflächige Entwaldung, durch die die Absorptionsfähigkeit der Biosphäre für Kohlendioxid herabgesetzt wird;
8. *ist besorgt* über die Schwierigkeiten, die ein Verzicht auf FCKWs und Halone sowie die Reduzierung von Treibhausgasen für die Entwicklungsländer bedeuten würden;
9. *begrüßt* das unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und der Weltorganisation für Meteorologie entstandene intergouvernementale Gremium für Klimaveränderungen;
10. *stellt fest*, daß in der Öffentlichkeit zunehmende Besorgnis über die globale Klimaveränderung herrscht;
11. *begrüßt* das von der NATO erstellte Programm, dessen Ziel es ist, die Forschung über eine globale Klimaveränderung zu fördern;
12. *ist überzeugt*, daß die NATO-Länder bei der Förderung des Umweltschutzes eine Vorreiterrolle spielen müssen;
13. *fordert* die Parlamente der Mitgliedsländer des Bündnisses *dringend auf*:
 - a) Produktion und Verwendung von FCKWs und Halonen einzustellen, da in den meisten Fällen

anwendbare Alternativen zur Verfügung stehen, spätestens jedoch bis zum Jahre 1995;

- b) sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um die Ursachen für die Konzentration von Tetrachlorkohlenstoff und Methylchloroform in der Atmosphäre festzustellen, und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Ausstoß dieser Stoffe in die Atmosphäre unverzüglich, spätestens bis zum Jahre 1995, zu stoppen;
- c) die Entwicklungsländer zu einer dauerhaften Wiederaufforstung sowie einer dauerhaften und umweltverträglichen Entwicklung im Energiebereich zu ermutigen, indem man Mittel zur Erleichterung der Schuldenlast, technische Unterstützung sowie multilaterale und bilaterale Hilfsprogramme einsetzt;
- d) ihre Treibhausgas-Emissionen sobald wie möglich zu reduzieren, indem sie Energieeinsparungen, die Verwendung erneuerbarer und nicht fossiler Energiequellen sowie fossiler Brennstoffe, wie z. B. Erdgas, fördern, um die Kohlendioxid-Emissionen herabzusetzen;
- e) die technischen und finanziellen Ressourcen zu erwägen und, wenn möglich, bereitzustellen, die den Entwicklungsländern die Möglichkeit verschaffen, die für den Ozonabbau verantwortlichen Emissionen von Treibhausgas und chemischen Stoffen zu reduzieren, ohne dabei ihre wirtschaftliche Entwicklung zu beeinträchtigen;
- f) die Zusammenarbeit mit den Warschauer-Pakt-Staaten im Bereich des Umweltschutzes mit Hilfe gemeinsamer Programme im Bereich von Wissenschaft, Technologie und Schadstoffreduzierung zu fördern;
- g) Forschungsanstrengungen zu unterstützen, deren Ziel es ist, die Folgen der Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre zu ermitteln.